

# Dresdner Volkszeitung

Postleitzettel Dresden. Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes. Bonifizier: Geb. Arnold, Dresden.

Abozessensatz mit der täglichen Unterhaltungszeitung Leben, Wissen, auch einschließlich Bringericht monatlich 1.50 M. Durch die Post bezogen, monatlich 4.50 M., unter Kreisland für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.7.10. Erhebt täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Berliner Platz 10. Tel. 25261. Sprachstunde nur zwischen 12 bis 1 Uhr. Expedition: Berliner Platz 10. Tel. 25261. Geschäftszzeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Postzettel werden die 7 geballten Zeitzeile mit 50 Pf. berechnet, bei dreimaliger Weiterleitung wird Rabatt gerechnet, ebenso auf Beziehungen. Interesse müssen bis spätestens 1/2 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voran zu beginnen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 284.

Dresden, Freitag den 6. Dezember 1918.

29. Jahrg.

## Beschleunigung der Nationalwahlen!

### Drohende Gefahren.

Noch rasch vor der französischen Besetzung haben die rheinischen Zentrumslute in zwei Fliegerveranstaltungen die Gründung einer selbständigen Republik Rheinland-Westfalen proklamiert. Das neue Staatsgebilde soll sich in den Rahmen des neuen Deutschlands einfügen, aber es trifft doch in peinlicher Weise mit den Rheinbund-Ideen französischer und englischer Entente-Chauvinisten zusammen. Zudem ist dieses Programm die Gefahr einer weiteren Vergrößerung des Deutschen Reiches in viele Einzelstaaten. Wir sind nun seineswegs gewillt, eine definitive Zentrumserklärung als Ausdruck des Volkswillens anzuerkennen. Wir sind vielmehr überzeugt, daß auch im Rheinland die Mehrzahl der Bevölkerung jetzt hinter der Sozialdemokratie steht, die gerade in Köln stets hervorragend tüchtig vertreten war. Die Motive der Zentrumslute sind auch leicht zu durchschauen: sie wollen weiter den Klerikalismus am Rhein sichern, wenn das übrige Deutschland Staat und Kirche trennt. Sie finden Unterstützung bei der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie, die sich um keinen Preis von dem lothringischen Erz abdrängen lassen will; auch einige Bergbauindustrien Rheinland-Westfalens, die hauptsächlich für den Export arbeiten, sind mit im Bunde.

Zum übrigen Deutschland häufen sich ingwischen die Vorwürfe gegen die Wirtschaft der Arbeiter- und Soldatenräte. Ein Vorwurf erhebt Genosse Robert Schmidt gegen die Räte, daß sie durch ihre willkürliche Eingriffe die Fortführung der ganzen zentralen Ernährungswirtschaft unmöglich machen, daß sie in weiten Landesteilen die Gewerbe von jeder Einwirkung auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ausgrenzen und dadurch das ganze Wirtschaftsleben gefährden, doch sie endlich Transporten und Verwaltungseinrichtungen in vollständige Betührung bringen.

Die Fleischdeinstellung zerfällt. Die Finanzen und das Wirtschaftsleben sind von Berrittung bedroht. Und der Feind läuft vor den Toren. Mit Mühe hält Wilson die schlimmsten Ergebnisse französischer Besetzung zurück.

Was kann geschehen? Mögliche Blögen helfen nichts, es bedarf einer Tat. Am nächsten Montag treten die Arbeiter- und Soldatenräte ganz Deutschland in Berlin zusammen. Bei ihnen liegt die endgültige Entscheidung über den Wahlgang zur Nationalversammlung. Die Volksbeauftragten haben den 16. Dezember vorgekehrt. Das mög. damals ein wichtiger Termin gewesen sei, nach dem heutigen Stande des Dinges liegt er jedenfalls viel zu spät. Wir müssen am 19. Dezember wählen, um aus diesen vier Wochen Gewinn einen ungewöhnlichen Nutzen für das ganze deutsche Volk zu ziehen. Technisch ist auch noch der Gutschrift des Reichsrats des Innern die Wahlabordnung bis zum 19. Dezember zu organisieren. Die Zeit drängt. Sorgen wir dafür, daß nicht auch über uns und unsre Taten die Gedanke hinweicht mit dem gleichgültigen Ablaufzuden des Wortes: Zu spät!

### Forderung einer rheinisch-westfälischen Republik.

Köln, 4. Dezember. Nachverhandlungen forderten heute abend noch Ansprüche der Reichstagsabgeordneten Trümmer und Marx sowie des Hauptchristianers Doeber unter gewaltigem Beifall die baldige Ausrufung einer dem Deutschen Reich angehörenden selbständigen rheinisch-westfälischen Republik. Es wurde nachstehender Beschluß angenommen: 5000 rheinische Bürger und Bürgerinnen, am 4. Dezember 1918 in der Bürgerschaft zu Köln verhauptet, lobten folgende Entschließung: In Anbetracht der tiefgreifenden politischen Umwälzungen im Deutschen Reich, in der Erfahrung der völligen Unmöglichkeit, in Berlin eine geordnete Regierung zu schaffen, in der Überzeugung, daß die Länder am Rhein nebst Westfalen politisch, kulturell und wirtschaftlich ausreichende Staatsbildende Kräfte bilden, gibt die Versammlung ihrem Willen Ausdruck, die Einheitlichkeit des Reiches zu wahren und den Wiederaufbau eines neuen deutlichen Staatsreichs von den Ländern am Rhein und Westfalen aufzunehmen. Die Versammlung fordert deshalb die anerkannten Vertreter des Volkswillens aller Parteien in Rheinland, Westfalen und den andern Ländern am Rhein auf, baldigst die Proklamation einer dem Deutschen Reich angehörenden selbständigen rheinisch-westfälischen Republik in die Wege zu leiten.

### Die gefährliche Vollernährung.

Das Reichsernährungsamt hat an das Auswärtige Amt eine Note gerichtet, in der es auf die unabsehbaren Folgen hinweist, die der bevorstehende Zusammenbruch unserer Ernährungswirtschaft noch sich ziehen wird. Die Note ist in der Lage, aus dieser Note die wichtigsten Gesichtspunkte zu veröffentlichen:

Das Rückgrat unserer Ernährungswirtschaft bildet bisher die Verarbeitung mit Kartoffeln und Fleischfleisch. Infolge der Grippe, der Unzulänglichkeit und der Arbeitsbeschränkungen der Kriegsgefangenen usw. ist ein erheblicher Teil unserer Kartoffelernte in der Erde geblieben und durch den frühen Frost vernichtet worden. Hinzu kommt die ungeheure Transportkrise, die ebenfalls dazu beigetragen hat, daß unsre Kartoffelvorräte nicht ordnungsgemäß haben eingeliefert werden können. Die Folge davon ist, daß die Hauptwohnbezirke nur noch für wenige Wochen mit Kartoffeln versorgt sind und nehmenswerte Zufuhren nicht mehr erwarten können. Ein Durchhalten der vorgesehenen Kartoffelration erscheint daher schon heute vollkommen ausgeschlossen, und höchstens die Hälfte der Nation wird allgemein ausgegeben werden können.

Die Getreideversorgung wäre noch der verschärften Knappheitssituation der diesjährigen Erntedate in entscheidender Weise entzogen, wenn die Zufuhr aus dem Osten eingesetzt. Infolge des Fortfalls dieser Zufuhren hat sich die Lage der Reichsgetreidestelle derart ungünstig gelichtet, daß ihre Lagerbestände nur noch bis zum 7. Februar 1919 reichen, und auch dann nur, wenn die täglichen Zufuhren in gleicher Höhe wie im Vorjahr erfolgen. Dies erscheint aber nach Lage der Transportverhältnisse völlig ausgeschlossen. Nach dem 7. Februar würde also als günstigste nur eine Tagestopfstrafe von 30 Gramm pro Hl. d. h. ein Drittel der gegenwärtigen Nation, verteilt werden. Diese Lage besteht sich auch dann nicht wesentlich, wenn die seit dem 1. Dezember zugesetzte Erhöhung der Brotration wieder rückgängig gemacht wird, was aus technischen Gründen kaum vor dem 1. Januar möglich sein wird. Hierbei ist zu bemerken, daß die Erhöhung der Brotration seinerzeit ausschließlich aus politischen Gründen erfolgt ist. Sehr trübe sieht es auch um die Ausfuhren unserer

Brot- und Fleischversorgung aus, da namentlich das Durchsetzen der Weltwirtschaft auf die Zufuhren der in Aufland angelauften Getreide eingestellt war. Diese Vorräte sind naturnah nicht mehr abtransportiert werden. Die einheimische Getreidewirtschaft gestattet auch noch einen Zusammenschluß der Milchwirtschaft nur noch einen Wirtschaftsplan bis zum 1. April. Bis zu diesem Tage steht aus der möglichen Aufrüstung von Milchwirtschaft und aus der Roggenerzeugung nur noch ein Tagessatz von 8.000 Gramm zur Verfügung. Die Fleischration, die für den größten Teil der versorgungsberechtigten Bevölkerung nur noch eine Wochentopfstrafe von 100 Gramm verfügt, kann auch nur unter Aufzehrung großer wirtschaftlicher Zufuhren aufrechterhalten werden. Ohne solche Zufuhren ist jedoch mit einer harten Herabsetzung aller wichtigen Lebensmittelrationen höchstens Anfang Dezember zu rechnen. Was das bedeutet, geht daraus hervor, daß ab dann der Nährwert, der heute schon nur noch ein Drittel des normalen Durchschnittsnährwertes darstellt, auf etwa die Hälfte des gegenwärtigen Nährwertes herabsinken würde. Diese Katastrophe würde ein langsame, aber scharfes Verhungern bedeuten. Die Note schließt mit dem Hinweise, daß

die Sterblichkeit in Deutschland in der Kriegszeit und insbesondere in den letzten Wochen in erstaunlichem Umfang angestiegen ist. Bereits im

Jahre 1917 sind in Deutschland infolge des Kriegskrieges von je 1000 Lebenden gleichen Alters noch als vor dem Kriege gefunden: im 1. Lebensjahr 9 (7 Prog.), im Alter von 1 bis 5 Jahren 19 (6 Prog.), im Alter von 70 Jahren und darüber 38 (4 Prog.). Noch furchtbarer gestiegen hat sich die Sterblichkeit am Zuberholz. Sie ist bei je 10000 Einwohnern von 15 (7 Prog.) auf 81 (7 Prog.) gestiegen. Allein in den 880 deutschen Orten mit mehr als 1500 Einwohnern sind im Jahre 1918 43320 Personen mehr an Tuberkulose gestorben als im Jahre 1915. Noch eindrucksvoller zeigt sich die Erhöhung der Sterblichkeitsziffer in den Hauptwohnbezirken aus, und zwar ganz besonders in den Siftern über die weibliche Bevölkerung. In Berlin ist die absolute monatliche Zahl der weiblichen Todesfälle seit Oktober 1915 von 1097 auf 8196 gestiegen, die Zahl der Todesfälle an Lungentuberkulose, also hauptsächlich an Schwindsucht, weist eine Erhöhung von 206 auf 1782 auf. Dabei ist nochmals darauf hinzugefügt, daß die Hauptaufgabe am Sammeln und Verarbeiten die Abwehrmaßnahmen England tragen.

### Die Kartoffelbelieferung Sachsen's

hat sich nach einem in der letzten Sitzung des Pressebeirats im Landeslebensmittelamt erzielten Bericht in den letzten Wochen in erstaunlicher Weise gebessert. Die Eingänge sind auf 300000 Rentner wiederholt gestiegen. Sofern hat auch weiterhin g. i. gelichtet. Besonders haben sich aber die Eingänge aus Sachsen selbst, und zwar von 20000 Rentner in der ersten Woche der Entzugszeit auf 62000 in der zweiten und auf 77000 Rentner in der letzten Woche, gesteigert. Für Schlesien wurde wegen des oberösterreichischen Bergarbeiterstreiks die Lieferungsperiode angeordnet; als Ausgleich haben aber die Meißner die bevorzugte Belieferung Sachsen durch die Provinz Sachsen verfügt. Auf Landeskartoffelfarmen wurden im vorigen Wirtschaftsjahr 3860000 Rentner gelichtet, in diesem Wirtschaftsjahr bis jetzt 3040000 Rentner, also 820000 Rentner weniger. Die Landeskartoffelfarmen hofft, daß die diesjährige Belieferung die vorjährige erreichen wird, model allerdings nicht übersehen darf, daß im vorigen Jahr nur zwei Rentner, dieses Jahr aber drei Rentner auf Landeskartoffelfarmen gelichtet werden, so daß die Zahl der beliebten Personen dieses Jahr entsprechend niedriger sein muß als im vorigen Jahr. Das Landeslebensmittelamt hat zur Streitung der Kartoffelvorräte bis zur neuen Ernte bei den Heimatstellen die Herausbildung der Kartoffelaktion für das ganze Reich angeregt. — Herner wurde berichtet, daß die neue Reichsministerialdebatte demnächst zur Ausgabe gelangen wird, die zwischen 60 Teilen aus Süder, zu 24 Teilen aus Obmark und zu 16 Teilen aus Steckmark (Märkte, Märkte u. m.) zusammengelegt und dort ihrem hohen Gütergehalt sehr wohlschmeidend und nobelhaft sein wird. — In einer Reihe von Gütern haben örtliche Arbeiter- und Soldatenräte streiken in der Ernährungswirtschaft eingegriffen und den Lebensmittelangelaß zwischen den einzelnen Landesteilen erzielt. Man hofft, daß derartige Störungen nach den vom Landesrat beschlossenen Bestimmungen über die Beauftragte der Arbeiter- und Soldatenräte, die lediglich Kontrollorgane sein sollen und die Tätigkeit der Verwaltungsinstitutionen nicht ausüben dürfen, aufhören werden.

## Sozialdemokratie und Privateigentum.

Der Dresdner Anzeiger bringt einen Artikel von H. H. der ein Musterbeispiel dafür ist, mit welchen Unverständnis auch solche Leute aus bürgerlichen Kreisen den sozialdemokratischen Zielen gegenüberstehen, die sich einbilden, über ökonomische Fragen in der Öffentlichkeit schreiben zu können. Herr H. H. bespricht sich mit den Ausführungen Dipolitis in der Sitzung des Landesarbeitsrates. Dipolitis soll dort zeigen haben, daß Privateigentum an sich nicht verstaatlicht werden, sondern nur das Privateigentum an Produktionsmitteln, und Herr H. H. versucht nun vergeblich, sich über die Bedeutung dieser Ausführungen klar zu werden. Neben der die sozialistischen Ideen kennt, weiß, daß der Sozialismus nie die Befreiung aller Privateigentums erstrebt hat. Wie wollen zum Beispiel nicht das Privateigentum an Gegenständen des persönlichen Bedarfs, Kleidern, Wädeln, Haushaltsgeräten usw. bestimmen.

Unter Produktionsmitteln sind alle diejenigen Güter zu verstehen, die nicht zur unmittelbaren Deckung des persönlichen Bedarfs dienen, sondern bei der Produktion neuer Güter verwendet werden, wie Fahrzeuge, Maschinen, Werkzeuge, Rohstoffe, Hilfsstoffe (Kohlen, Maschinenöl), vor allen Dingen aber auch der Grund und Boden. Die Verfügung über diese Produktionsmittel ermöglicht es den Kapitalisten, einen Teil des Arbeitsertrags sich anzueignen, auch wenn sie selbst an der Produktion weder mit ausübender noch leitender Arbeit beteiligt sind. Dieses arbeitslose Einkommen will die Sozialdemokratie befreien, um es in die Produktionsmittel in den Besitz der Allgemeinheit überzuführen, und sie glaubt dann durch eine zweckmäßige Organisation der Gütererzeugung und Verteilung den Ertrag der menschlichen Arbeit bedeutend erhöhen;

zu können, weil in der kapitalistischen Gesellschaft eine Fülle von menschlicher Arbeitskraft und Gütern zwecklos verbraucht wird. Nun stellt der Verfasser des Artikels in dem Dresdner Anzeiger die merkwürdige Frage, ob Dipolitis das mobile Kapital auch zu den Produktionsmitteln rechnet. Herr H. H. ist sich offenbar ganz unschlüssig darüber, was er unter mobilem Kapital versteht will.

Unter mobilem Kapital kann man einmal verstehen das Kapital, das äußerlich die Form von Wertpapieren, Aktien, Staatsobligationen usw. hat, Aktien und Obligationen (verschiedene Scheinfaktalien), von Industrie-, Handels- und Bankunternehmungen sind weiter nichts als ein Rechtsanspruch auf einen Teil des Ertrages der Unternehmungen, die sie ausgegeben haben. Ihre Besitzer sind somit wirtschaftlich — die Aktionäre und auch juristisch — Mit Eigentümer der betreffenden Unternehmungen. Sowie eine Unternehmung in den Besitz der Gesellschaft übergeführt wird, müssen natürlich ihre Aktien und Obligationen ihre bisherige Bedeutung verlieren.

Wie steht es nun aber mit dem bösen Gelde und mit dem Papierloben, mit dem eine Unternehmung betrieben werden kann? Ob die hier in Betracht kommenden Summen bei der Betriebszählung eines Betriebs mit in den Allgemeinheit übergeführt werden, wird von der Form abhängen, in der die Betriebszählung stattfindet. Würde der Staat zwangsweise oder freiwillig die Aktien einer Gesellschaft erwerben, so würde er damit auch die Verpflichtung über deren Produktionsmittel erhalten.

Erwirbt er aber unmittelbar die Gebäude, Fabriken, Rohstoffe usw. einer Unternehmung, so würden die Betriebsmittel dem bisherigen Besitzer verbleiben, und

der Staat müßte für den Weiterbetrieb der Unternehmung Betriebskapital auf irgendweile andre Weise beschaffen. Das wäre natürlich die Sozialdemokratie und auch Genosse Lipinski sehr gut, daß zum Betrieb einer Unternehmung Betriebsmittel gehören, und daß für deren Vorhandensein auch gesorgt werden muß, wenn ein Betrieb in den Besitz von Staat oder Gemeinde kommt.

Ganz getrennt von der Frage der Überführung der Betriebe in den Besitz der Gesellschaft muß die Frage behandelt werden, ob dabei an die bisherigen Besitzer eine Entschädigung gezeigt werden soll. Genosse Lipinski hat offenbar mit seinen Ausführungen sagen wollen, daß die Angst unbedingt sei, die Sozialdemokratie wolle bald hier und bald da, wo es ihr gerade in den Strom geht, den Eigentümern der Produktionsmittel ihren Besitz ohne jede Entschädigung wegnehmen. Davor kann ich deshalb keine Rede sein, weil wir uns darüber klar sind, daß wir nicht auf einmal alle Produktionsmittel in den Besitz der Gesellschaft übertragen können, und es hätte keinen Sinn, dem einen Kapitalisten ohne jede Entschädigung seinen Besitz wegzunehmen und ihn dem anderen zu lassen. Wo daher bisher kapitalistische Betriebe in Gemeineigentum umgewandelt werden, würden die bisherigen Besitzer enteignet werden, sie würden wahrscheinlich zunächst Staatsarbeiter werden.

Natürlich will die Sozialdemokratie nicht, daß die arbeitenden Massen für einige Seiten einen Rentenfonds auf dem Weg über die Staatskasse einen Tribut zahlen müssen. Alles Vermögen, das ein arbeitsloses Einommen gewährt, soll auf dem Wege der Renteierung so rasch bereitstehen, als das ohne Störung des Wirtschaftsbetriebs möglich ist. Solange auf beiden Seiten des Wirtschaftsbetriebs private Unternehmungen noch vorhanden sind, wird selbstverständlich auch nicht das ganze Vermögen der Kapitalisten weggestrichen werden können. Das kann erst geschehen, wenn die Vergleichsforschaltung allgemein durchgeführt ist.

Der Verfasser des Artikels im Dresdner Anzeiger hat niemals eine der sozialistischen-theoretischen Schriften unter Vorläufern gesehen oder er hat nicht davon verstanden, sonst würde er wissen, daß die Sozialdemokratie nie, wie er von vor behauptet, "den den Kapitalismus zu kämpfen gewußt, wenn sie den Unternehmer bekämpfte." Sie hat nie zweifel darüber gelassen, daß es ihr nur allen Dienst daran sei, wenn das arbeitslose Einkommen der Kapitalisten zu befehligen. Dass die Unternehmer als Leiter ihrer Betriebe im Wirtschaftsbetrieb der kapitalistischen Gesellschaft unentbehrlich sind und auch vielfach hervorragendes Leisten, hat sie nie leugnet.

Auch noch über eine andre Auseinandersetzung liestet sich der Dresdner Anzeiger ganz falsche Vermehrungen. Lipinski habe gesagt, daß die Roboßie nicht zu einer Prozentziffern Verhöhung der Industrie reichen und daraus folgert, daß die Arbeitssatz heruntergeht werden müsse. Darauf frage ich Herrn Dr. H. die Frage: Ist aber der Roboßiestand das Absolute, das Bleibende? Wenn sich Herr Dr. H. nicht so frappiert fühlt wie geschehen hätte, den denkbaren Unsinne aus Lipinskis Ausführungen herauszuholen, so hätte ihm klar sein müssen, daß sich die Vermehrung Lipinskis nur auf die Übergangszeit beziehen, in der wir noch keine Roboßaufgabe haben. Wir werden selbstverständlich sehr froh sein, wenn wir wieder reichlich mit Roboßien versehen sind und wieder normal arbeiten können. Die auffindige Arbeitssatz wird, wie die Erfahrungen in anderen Ländern zeigen, nicht zu einer Verminderung der Arbeitsleistung führen, sondern, wenn erst wieder normale Verhältnisse herrschen, wird in den oft Stunden dasselbe geleistet werden wie früher in einer längeren Arbeitszeit.

Wenn Herr Dr. H. den Eindruck vermeiden will, als befürchtete er, Herrscher sozialistischer Ansammlungen zu verbreiten, so muß er sich über den Sozialismus besser unterrichten.

## Schwere Gewalttaten der Tschechen.

Brunn, 5. Dezember. Der Tagesbote berichtet: Die Stadt Halleischau ist in der Nacht auf gestern der Schauplatz schwerer Ausschreitungen gewesen. Wege 10% überwältigt wurden tschechoslowakische Soldaten, nachdem sie vorher in einem Gasthaus gezecht hatten, in die Jüdenstraße ein, wo sie familiäre Geschäfte lokale und Magazin gänzlich ausplünderten. Die Wochenschrift wurde noch kurzzeitig handgemenge entworfene. Der jüdische Kaufmann Grünbaum, der vor kurzem als Invalid aus dem Felde heimgekehrt war, wurde durch Polizei und einen Bauchschuh getötet. Werner wurde der Pfarrer Hugo Grüger erschossen. Die Plünderungen dauerten die ganze Nacht an. Um Morgen griffen die Ausschreitungen auf den übrigen Teil der Stadt über. In der Frühe trat militärische Hilfe aus Rojekstein ein, um die Ordnung wieder herzustellen. Diese Abteilung soll sich jedoch an den Plünderungen beteiligt haben. Die Kleiderfabrik Peter ist vollständig verwüstet und ausgeplündert worden. Der angerichtete Schaden beträgt allein 600 000 Kronen. Insgesamt dürfte sich der Schaden auf mehrere Millionen ausdehnen. Einige der größte Teil der Jüden Halleischau hat, seiner Häuslichkeit beraubt, im Laufe des gestrigen Tages die Stadt verlassen.

Wien, 5. Dezember. Die Zeit meldet aus Lundenburg, daß starke tschechische Streitkräfte teilweise auf Transportzügen im Innmarc gegen Kolsburg sind. Zur Sicherung der deutsch-österreichischen Grenze ging gestern nachmittag ein Wollsteuer-Bataillon nach Kolsburg ab.

Prag, 5. Dezember. Die Regierung der tschechoslowakischen Republik hat amtlich erklärt, daß sie nicht beabsichtige, in Glogau einzufallen. Die Nachricht, daß ein Einfall in Preußisch Schlesien bedroht sei, steht bestätigt, sei vollkommen unrichtig.

## Die Entente und die Tschechen-Republik.

Wien, 6. Dezember. Die offizielle Zustimmung der Entente, zu der tschechischen Forderung, daß Deutschland zur tschechischen Republik gehört und von den tschechischen Truppen besetzt werden soll, steht bestätigt. Diese voreiligen Beschlüsse der Entente, die unter allen Umständen die Beleidigungserregung vorbehalten bleiben, und noch

dem Selbstbestimmungsrecht der Völker entschieden werden müssen, sind auf die Ungehobenheit Frankreichs zurückzuführen, das sich in den Tschechen kriegerische Verbündete für alle Seiten sichern will.

## Internierung der Deutschen in China.

London, 5. Dezember. Dem Reuterbüro zufolge erhielten die Times aus Peking vom 1. Dezember, daß die chinesische Regierung unter dem Druck der verbündeten Streitkräfte mit der Internierung der Deutschen begonnen hat. Noch großer Zorn und Angst um die Angestellten und Beamten der Deutschen Regierung, die die Sozialdemokratie wolle bald hier und bald da, wo es ihr gerade in den Strom geht, den Eigentümern der Produktionsmittel ihren Besitz ohne jede Entschädigung wegnehmen. Davor kann ich deshalb keine Rede sein, weil wir uns darüber klar sind, daß wir nicht auf einmal alle Produktionsmittel in den Besitz der Gesellschaft übertragen können, und es hätte keinen Sinn, dem einen Kapitalisten ohne jede Entschädigung seinen Besitz wegzunehmen und ihn dem anderen zu lassen. Wo daher bisher kapitalistische Betriebe in Gemeineigentum umgewandelt werden, würden die bisherigen Besitzer enteignet werden, sie würden wahrscheinlich zunächst Staatsarbeiter werden.

Natürlich will die Sozialdemokratie nicht, daß die arbeitenden Massen für einige Seiten einen Rentenfonds auf dem Weg über die Staatskasse einen Tribut zahlen müssen. Alles Vermögen, das ein arbeitsloses Einkommen gewährt, soll auf dem Wege der Renteierung so rasch bereitstehen, als das ohne Störung des Wirtschaftsbetriebs möglich ist. Solange auf beiden Seiten des Wirtschaftsbetriebs private Unternehmungen noch vorhanden sind, wird selbstverständlich auch nicht das ganze Vermögen der Kapitalisten weggestrichen werden können. Das kann erst geschehen, wenn die Vergleichsforschaltung allgemein durchgeführt ist.

## Krieg zwischen Chile und Peru?

Genf, 6. Dezember. Wie der Matin behauptet, ist die Kriegserklärung Chiles an Peru jeden Augenblick zu erwarten. Chile erweist sich als Gegner des Willkürschen Ideals einer Völkerliga.

## Die Rückkehr der Mackensen-Armee.

Berlin, 5. Dezember. Die deutsche Waffenstillstandscommission hat durchgelegt, daß von einer Interaktion der Heeresgruppe Mackensen endgültig Abstand genommen wird. Die Rückführung der Truppen in die Heimat wird mit der Fahrt und zu Fuß fortgesetzt. Eine größere Anzahl von Formationen hat die deutsche Grenze bereits überschritten.

## Straßenkämpfe in Hohenhalza.

Hohenhalza, 5. Dezember. Am Hohenhalza kam es gestern und heute zu Plünderungen. Von den Parteien wurden bereits vier Zivilpersonen von politischer Nationalität erschossen. Aufgedessene nahmen polnische Soldaten gegen die Soldaten der Partei so, daß sich in den Nachmittagsstunden Straßenkämpfe entwickelten, bei denen auch Handgranaten und Maschinengewehre eine Rolle spielten. Sämtliche Gesellschaften in den Hauptstraßen und am Markt wurden nachhaltig geschlossen. Riesigend durfte die Stärke passieren. Gegen Abend wurde der Verbot wieder freigegeben.

## Der Weg des Friedens.

Neben die Frage, ob der Waffenstillstand im Westen gefügt oder verlängert werde, gehen verschiedne Berichte durch die Blätter. Die Oesterreichische Heeresleitung hat auf eine Autose die Mitteilung ergeben lassen, es besteht keinerlei Sorge, daß der Waffenstillstand von dem Bündnis gefügt werde.

Die Times erläutert, der Weg zum Frieden werde drei Stadien durchlaufen. Das erste Stadium bildet die Konferenz der Vertreter Frankreichs, Englands, Italiens und Amerikas. Sie wird angeblich im Trianon zu Versailles stattfinden und, wie verlautet, bis Anfang Januar dauern. Das zweite Stadium wird die Zusammenkunft der im März oder April zusammengetretenen Friedenskonferenz der Alliierten bilden. Zu den Versammlungen, die in den nächsten Wochen in Paris und Versailles abgehalten werden, werden keine feindlichen Delegierten zugelassen, weil es augenscheinlich in Deutschland keine Regierung gibt, die das Volk vertreut, während in Österreich-Ungarn nicht ein Staat noch in der Bildung begriffen ist. Die dritte Konferenz wird dann die große Friedenskonferenz aller Alliierten sein, einschließlich der neugebildeten Staaten, und seine Beschlüsse werden die Grundlage für den Völkerbund bilden. Man wird den Feind auffordern, seine Wehrkraft zu unterschreiben, und dann werden sie der zusammenirenden Weltkonferenz von Alliierten, Neutralen und Feinden vorliegen werden als Grundlage für Vereinigungen für den Völkerbund.

Die in London abgehaltene interalliierte Konferenz ernannte eine Kommission von Finanzabmachungen, die feststellen soll, wie Deutschland seine Schulden den Alliierten zahlen muß.

Hinter meldet aus New York: Wilson hat vor seiner Abreise aus Amerika Nachdruck darauf gelegt, daß er mit der letzten Abfuhr darüber gehe, ob jedem Imperialismus zu widerstehen. Er betrachtet die Vernichtung des preußischen Militarismus als einen Hauptteil seines Plans für den zukünftigen Frieden der ganzen Welt.

Meldungen aus Holland zufolge wird die englische Regierung bei den Friedensverhandlungen fordern, daß Deutschland seine Flotte mehrere Jahre lang in den Verbandsändern interniert werden muß. England vertrete diese Forderung, um zu verhindern, daß Deutschland als Militärmacht nochmals Bedeutung erlangen könne.

## Der Kronprinz über die Kriegsschuld.

Jetzt erhält die Welt fast täglich von einer Auslösung irgend eines mehr oder minder hohen Herrn über die Ursachen der Kriegsschuld Runde. Natürlich sucht jeder seinen Zeitgenossen klar zu machen, daß er frei von jeder Schuld ist. So hat sich jetzt der frühere deutsche Kronprinz über die Größe der Kriegsschuld aufgeregten. Es wird darüber berichtet:

Nach einer Neuermeldung aus New York hatte der Aussterbende Vertreter der Associated Press am Montag eine Unterredung mit dem früheren deutschen Kronprinzen auf der Insel Wieringen, wobei der Kronprinz u. a. sagte: Ich habe auf nichts verzichtet und kein Dokument unterzeichnet. Aber wenn die deutsche Regierung eine Republik nach amerikanischem Muster durchzagen sollte, so würde er sich mit der Säumung eines einfachen deutschen Bürgers vollständig zufrieden geben und bereit sein, im Interesse seines Landes alles zu tun. Auf die Frage, was er für den Wendepunkt im Kriege betrachte, sagte der Kronprinz:

Seine Überzeugung sei, daß Deutschland den Krieg Anfang Oktober 1914 verloren habe. Er habe die Voge Deutschlands nach der Schlacht an der Marne, die Deutschland nicht verloren hätte, wenn die Generalität nicht verschwendet hätte, für hoffnungslos gehalten und habe damals beschlossen, den Generalstab dazu zu bringen, Friedensverhandlungen zu suchen statt großer Gefecht, wobei er sogar so weit gehen wollte,

Offen - Solingen aufzugeben. Er habe aber zur Absicht gehabt, daß er sich mit seinen Angelegenheiten beschäftigen und auf den Krieg über seine Kräfte beschließen solle.

Über den Beginn des Krieges sagte der Kronprinz: Gegenüber allen bisher im Auslande verbliebenen Deutschen schätzte er, wie sehr ungeeignet gehalten habe. Von Anfang an sei er sicher gewesen, daß England am Kampf teilnehmen werde. Aber diese Sicherheit ist nicht geteilt worden. Der Kronprinz sprach, mit Unzufriedenheit über die Arbeit des Generalstabes, die für eine Anzahl des Jahres verantwortlich seien, darunter für die große Niederlage dieses Jahres, an der er im Widerspruch zu seiner eigenen Überzeugung habe teilnehmen müssen.

Er erklärte ferner, daß Lubendorff die kompetentesten bei dem Namen nach der Verteidigung waren. Lubendorff und sein Stab hätten die feindliche Truppenmacht fortwährend unterschätzt und nie gesagt, daß Russland so viele Soldaten senden würde, wie es tatsächlich in Sibirien erschienen. Der Kronprinz, daß er Russland bewundert, der dem deutschen Volke, dessen sei er sicher, einen gerechten Frieden bringen werde.

Die Ausführungen des Kronprinzen lassen sich doch wenig an ihre Richtigkeit prüfen wie vieles andere, was auch über die Vorgeschichte des Krieges erzählt wird. Was man zugeben muß, liegt für die unmittelbare Schuld des Kronprinzen am Weltkrieg seinerlei Beweis vor. Es ist höchstens davon bekannt, daß der deutsche Kronprinz in den ersten Wochen des Jahres 1914 irgend etwas genau, was die Kriegserklärung vermieden hätte.

Deutschland hat der Kronprinz in früheren Monaten zu Ausführungen aufzuhören kommen lassen, die dann angewandt wurden, das Wirkmaß des Auslandes gegen Deutschland zu vermehrten. Man mög ihm persönlich zugute halten, daß er ein junger, politisch unerfahren Offizier war und daß die Schuld an seinem Fehler weniger ihm als seinem Untergang zur Last zu legen ist, die ihm eine größere Zurückhaltung hätte empfohlen müssen. Über das ändert nichts daran, daß seine schwindig-konditiven Redensarten den deutschen Volke geschadet haben.

## Die Ermordung der Zarinsfamilie.

Noch einer Neuermeldung aus Berlin sollen die russische Zarin und ihre fünf Kinder von Bolschewiken ermordet worden sein. Die Kinder seien noch nicht gefunden, aber man kennt die Mörder. Zudem es sich die Zarin befindet sich mit ihren Kindern in Spanien in Sicherheit, ist diese Neuermeldung mit allen Zweifeln aufzufassen. Nach dem gleichen Neuermeldung soll sich der Bericht, daß die Bolschewiken in Moskau und Nikolai Nikolajewitsch Großfürstewna, Maria Nikolajewna, die Prinzessin Anastasia, Nikolai und Paul ermordet haben, bestätigen. Die Mörder dieser Kinder seien auch die Mörder der Zarin und ihrer Kinder.

## Deutsches Reich.

### Der Zusammenschluß der Bürgerlichen.

Zwischen der Deutschen Demokratischen Partei und der liberalen Volkspartei ist, wie bereits gemeldet, eine Vereinigung erzielt worden, die zu dem Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Deutsche Demokratische Partei geführt hat. Die Deutsche Demokratische Partei hat dabei den Standpunkt vertreten, daß eine Einigung nur auf der Grundlage ihres Bündnis vom 16. November möglich sei und daß die Verpflichtungen, die der Agitation für ammenalistische Zielsetzung und bei der Wahl gegenüber bestellten Volk eine führende Rolle spielen sowie diejenigen, die gegen die Macht bestimmt haben, innerhalb der Partei nicht verworfen würden.

Wie die Nationalliberalen Korrespondenten mitteilen, ist der Zusammenschluß der beiden Parteien deute auf Grund einer Vereinbarung vollzogen worden. Die Ausprache ergab volle Übereinstimmung darüber, daß die für eine programmtiche Einigung auszurechnenden Abstimmungen den Gedanken der Reichs- und Volkspartei bestimmen, daß jener grundsätzliche Unterschied in der Frage der notwendigen Sozialisierung nicht bestehen und daß die Eigentwirtschaft und die Privatindustrie als gemeinsame Führung der sozialistischen Gedanken die Grundlage andern Wirtschaftslebens bleiben müssen. Aufgedessen empfiehlt die Deutsche Volkspartei ihren Parteigemeinschaften im Verein ein Zusammenschließen mit der Deutschen Demokratischen Partei auf dieser Grundlage. Staatsminister Dr. Friedberg, Reichstagsabgeordneter Dr. Blankenburg und Frau Marie Müller treten in die vorläufigen Ausschüsse der Deutschen Demokratischen Partei ein. Dr. Stresemann hatte bestimmt erklärt, daß man von seiner Seite abschneide. Der Generalsekretär der Nationalliberalen Partei wird so bald wie möglich zusammenzutreffen werden.

Wie die Nationalliberalen Korrespondenten mitteilen, ist der Zusammenschluß der beiden Parteien deute auf Grund einer Vereinbarung vollzogen worden. Die Ausprache ergab volle Übereinstimmung darüber, daß die für eine programmtiche Einigung auszurechnenden Abstimmungen den Gedanken der Reichs- und Volkspartei bestimmen, daß jener grundsätzliche Unterschied in der Frage der notwendigen Sozialisierung nicht bestehen und daß die Eigentwirtschaft und die Privatindustrie als gemeinsame Führung der sozialistischen Gedanken die Grundlage andern Wirtschaftslebens bleiben müssen. Aufgedessen empfiehlt die Deutsche Volkspartei ihren Parteigemeinschaften im Verein ein Zusammenschließen mit der Deutschen Demokratischen Partei auf dieser Grundlage. Staatsminister Dr. Friedberg, Reichstagsabgeordneter Dr. Blankenburg und Frau Marie Müller treten in die vorläufigen Ausschüsse der Deutschen Demokratischen Partei ein. Dr. Stresemann hatte bestimmt erklärt, daß man von seiner Seite abschneide. Der Generalsekretär der Nationalliberalen Partei wird so bald wie möglich zusammenzutreffen werden.

Wie die Nationalliberalen Korrespondenten mitteilen, ist der Zusammenschluß der beiden Parteien deute auf Grund einer Vereinbarung vollzogen worden. Die Ausprache ergab volle Übereinstimmung darüber, daß die für eine programmtiche Einigung auszurechnenden Abstimmungen den Gedanken der Reichs- und Volkspartei bestimmen, daß jener grundsätzliche Unterschied in der Frage der notwendigen Sozialisierung nicht bestehen und daß die Eigentwirtschaft und die Privatindustrie als gemeinsame Führung der sozialistischen Gedanken die Grundlage andern Wirtschaftslebens bleiben müssen. Aufgedessen empfiehlt die Deutsche Volkspartei ihren Parteigemeinschaften im Verein ein Zusammenschließen mit der Deutschen Demokratischen Partei auf dieser Grundlage. Staatsminister Dr. Friedberg, Reichstagsabgeordneter Dr. Blankenburg und Frau Marie Müller treten in die vorläufigen Ausschüsse der Deutschen Demokratischen Partei ein. Dr. Stresemann hatte bestimmt erklärt, daß man von seiner Seite abschneide. Der Generalsekretär der Nationalliberalen Partei wird so bald wie möglich zusammenzutreffen werden.

Die Sozialisierungskommission tritt am Donnerstag nachmittags um 5 Uhr, zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Zu ihr gehören Prof. Vogelstein, Prof. Ledebur, Prof. Bell, Prof. Willms, Prof. Brants, Prof. Hildebrand, Raetsch und Dr. Hahn. — Rothenau ist auf einen Einspruch der Unabhängigen hin aus dem Ausschluß ausgeschlossen.

Protest der Berliner Regierung gegen die Vereinbarung zwischen der tschechoslowakischen Republik und dem Staate Bayern. Nach einer Meldung der Karlsruher Presse hat die Berliner Regierung gegen die Vereinbarung zwischen der tschechoslowakischen Republik und dem Staate Bayern betreffend wechselseitigen Austausch von Wirtschaftspraktikern protestiert.

Landtagswahl in Bayern. Die Korrespondenten Rothenau melden: In einer Proklamation der Regierung an das bayerische Volk heißt es u. a.: Die Regierung des Volksstaates Bayern bestreitet hiermit, daß die Wahlen nach neuen bayerischen Landtagswahlen am 20. Februar 1919 stattfinden. Wahlberechtigt sind alle männlichen und weiblichen Staatsangehörigen, die am Tage der Wahl das 20. Lebensjahr zugefügt haben und die bayerische Staatsangehörigkeit besitzen.

## Die Groß-Berliner Soldatenräte und die Nationalversammlung.

In der Donnerstagssitzung der Groß-Berliner Soldatenräte erläutert Kamerad Lieb den Bericht des Bureau's und gibt dabei eine Erklärung ab, wonach er das Gerücht, die Soldatenräte bezogen besondere Gehälter für Unwürdigkeit erfordern, in Zukunft nicht mehr als allerdings 5 M. täglich erhalten. Man möge die Soldatenräte nicht mit dem Volksgutsausschuss verwechseln.

Die Festsetzung des Termins für die Wahlen zur Nationalversammlung hat nicht alle Parteien interessierte Kreise erfüllt. So überreicht unterdringender Befürwortung des Direktoriums des Kreisgerichts Oldenburg einen vom oldenburgischen Landtag einstimmig angenommenen Antrag auf Verlängerung der Nationalversammlungswochen in fürchterlicher Frist, damit das öffentliche Leben in Deutschland wieder in geistige Rahmen gelenkt und eine Vertreibung geschaffen werde, die berechtigt sei, für Deutschland Frieden zu schließen. Ebenso hält der Staatsrat für Anhänger den 16. Februar für zu spät und empfiehlt, durch Abkürzung der Fristen und einfache Vorschriften die Wahlperiode zum 3. Januar zu ermöglichen, da eine Hinausziehung die Niedriglichkeit gefördert und die Friedenskostengleichen erhöhen dürfte. Auch vom Rheinland und Westfalen sowie von sämtlichen Handelskammern und der Stadtverordnetenversammlung in Köln wird zunächst Verlängerung der Nationalversammlung verlangt, damit die Einheit des Reiches nicht durch secessionistische Bestrebungen gefährdet werde.

So folgt ein Dringlichkeitsantrag betr. Aufstellung eines Wahlreglements zur Versammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands. Kamerad Krebsheimer begründet den Antrag und empfiehlt, zunächst darüber zu entscheiden, ob Offiziere und Militärbürokratie gewählt werden dürfen. Es wurde beschlossen, den Offizieren nur das aktive Wahlrecht zugeschlagen. Offiziell der Beamten im Offizierstand wird das gleiche beschlossen. Hierauf legt Kamerad Leutnant Müller sein Amt in dem vorher genannten Ausschuss nieder und schafft sich an, den Saal zu verlassen. Kamerad Zimmermann: Ihr seid euch der Trost eurer Bevölkerung nicht bewusst. Offiziere, die mit uns in Dresden und Schlesien gekämpft haben, dürfen nicht zu Leuten gemacht werden, die keine Rechte haben. Wir leben doch jetzt in einem Reduktionsstaat. Hier herrscht aber der Terror. Das ist nicht der Wille der Mehrzahl der Berliner Soldaten. Kamerad Leutnant Müller: Meine Partei spielt keine Rolle. Ihr seid die Richter und habt zu entscheiden. Ihr könnt mir aber nicht zuwenden, doch ich weniger Körperschaft habe als ihr. Müller verlässt den Saal. (Bewegung) Ein anderer Kamerad führt aus: Unzweckhaft streben die Offiziere danach, das Regime wieder in die Hand zu bekommen. Wir brauchen keine Offiziere. Wir haben die Revolution gemacht und werden noch eine machen. (Beifall und Widerdruck) In der weiteren Aussprache wird dogegen lebhaft Einspruch erhoben, daß das Wahlreglement der Soldatenräte von einem Volksgutsausschuss aufgestellt worden ist.

### Gegen die Spartakusgruppe.

Berlin, 5. Dezember. Der Donnerstag brachte in das Straßenbild Berlins ein neues Gepräge. Geschlossene Truppenfeste durchzogen die Stadt, um gegen die angeblich von der Spartakusgruppe immer bedrohlicher entfaltete Agitation gegen die Regierung der Volksbeauftragten zu demonstrieren. Insbesondere hat der Bund der sozialen Unteroffiziere sich zusammengetroffen, um die Regierung zu schützen und um etwaige Putschversuche, von welcher Seite sie auch kommen mögen, zu verhindern. Der Bund trat am Donnerstagmorgen im Bistro Bush zusammen, wo dann geschlossen vor das Reichskanzlerpalais, wo von dem Volksbeauftragten über eine Ansprache gehalten wurde.

### Kritik für beständige Nationalversammlung.

Der Theoretiker des Sozialismus, Karl Kautsky, beschäftigt sich in dem Berliner Organ der Unabhängigen der Freiheit, in einer kritisch außerordentlich eingehend mit der Frage der Nationalversammlung und Räteversammlung und sagt u. a.: Die Entstehung aus den Mächten der Unabhängigen Sozialdemokratie zu diesem Verhältnis (der Nationalversammlung) erfolgt nur der Rat gehorcht. Sie haben ein Mitteltraum gegen die Räteversammlung, sehen in ihr jedenfalls nur das Mittel, das Reich zusammenzuhalten und den Frieden zu bringen. Wenn sie aber stauen, im Februar würden die Räte noch nicht reif sein, zu wählen, wie kann man dann barn glauben, sie seien heute reif, zu den Arbeiter- und Soldatenräten zu wählen. In der Sitz der Volksbeauftragten in einem wesentlichen Unterschied zwischen Nationalversammlung und Räteversammlung nicht zu finden. Man sieht darin vielmehr, daß die Räteversammlung nach einem gleichen und völlig präzisen Wahlrecht gewählt wird. Damit Wahlrecht dagegen wählt jeder Rat für sich. Schon vor der Wahltag wird den einzelnen Räten die Zahl ihrer Vertreter zugestellt. Die Gefahr einer Spaltung der Arbeiterklasse aber wird durch ein solches demokratisches Wahlrecht gebrochen.

## Sächsische Angelegenheiten.

### Zu den Gemeindewahlen.

In den nächsten Tagen müssen die Gemeindevertretungen an die offizielle Regelung des Gemeindemöbeldrechts herantreten. Verschiedentlich hat sich dabei aber schon gezeigt, daß sich die alten Gemeindeschreiber noch nicht haben in die neuen Zustände hineinbekommen können. So wollen monde noch die Räte in Anfallende und Unfallfälle scheiden und die Zahl der leichteren zonen gnädig um einen erhöhen, es aber sonst bei der alten Verteilung bewenden lassen; sie sind der Ansicht, der Gemeindeschreiber könne das bei der offiziellen Regelung ganz nach freiem Erben neu ordnen. Vorstellungen unserer Genossen, daß es mit der alten Abstimmung nie immer vorbei sei, sind nicht immer mit dem erforderlichen Verständnis aufgenommen worden.

Verschiedentlich ist es schon, wenn die Ortsvorsteher der Räte sind, der Gemeindeschreiber nur teilweise einen zu gewähren, denn diese Rücksicht läßt die leicht Ausführungsvorordnung des Ministeriums des Innern allerdings auskommen. Angewiesen hat der Volksbeauftragte Lipinski im Landratat aber erklärt, daß eine teilweise Erneuerung erst für die Zeit nach den ersten Wallen in Betracht komme, die aber eine vollständige Erneuerung der Gemeindevertretungen durchführen müßten.

In Görlitz sind Zweifel darüber entstanden, ob auch die Städte neu gewählt werden müßten. Das ist zur Zeit nicht bestichtig. Die Städte sollen also wenigstens solange in ihrer seitigen Zusammensetzung bestehen bleiben, bis die Städtevertretungen neu gewählt werden sind. In welcher Weise dann eine

Erneuerung der Städte zu erfolgen hat, wird noch Gegenstand anderweitiger gesetzlicher Regelung sein.

Im übrigen wird für die Verabredung des Ortsregelgesetzes über die Gemeindewahlen nun folgendes zu beachten sein:

Nach dem vom Ministerium herausgegebenen Ortsregelgesetz wird es zunächst die Sitz der zu wählenden Vertreter festzuschreiben. Für die Aufstellung und Auslegung der Wahlstellen werden den Gemeinden zwei verschiedene Varianten in Vorschlag gebracht: Das eine Vorschlag, im Entwurf A 1 benannt, entspricht mit geringen Abweichungen der bisher üblichen Aufstellung. Darauf wird insbesondere in kleinen Gemeinden, in denen die Arbeit der Räte aufstellung leicht bewältigt werden kann, der Vortrag zu geben sein. Das andre Vorschlag nach A 2 ist neu. Es nimmt die Mitteilung der Stimmberechtigten in Anspruch. Ein jeder von ihnen hat bei der Ortsbehörde oder einer von dieser bestimmten Stelle einen Vorbruch nach einem im Entwurf erläuterten Blatt zu fordern, ihm auszufüllen und dann der Ortsbehörde vorzulegen. Der ausgefüllte Vorbruch wird nachprüft, wenn nötig, berichtigt und mit Wahlzettel und Dienststempel versehen. Der eine Teil dieses Vorbruchs wird dann von der Ortsbehörde zurückgelassen, der andere Teil aber den Wahlberechtigten wieder ausgeschändigt. Dieser bildet bei der Wahl den Wahlzettel. Die abgezogene Teile in ihrer Gesamtheit werden nach Art einer Räteversammlung gewählt und den Räten die Wahlzettel überreicht. Die Anstrengung einer zweiten Wahl soll unterbleiben. Dieses Verfahren wird für Städte und größere Landgemeinden empfohlen.

Die Wahlvorschläge müssen spätestens vierzehn Tage vor dem Wahltag bei dem Wahlkommissar (wird in der Regel der Gemeindeverband sein) eingereicht werden. Jeder Wahlvorschlag ist von stimmberechtigten Personen, deren Kündigung im Ortsregelgesetz festgelegt ist, zu unterzeichnen. Von jedem vorgelegten Bewerber ist eine Erklärung über seine Zustimmung zur Aufnahme in den Wahlvorschlag anzuschließen. Ein jeder Bewerber kann nur einmal vorgezogen werden.

Weitere Wahlvorschläge können miteinander verbunden werden. Die Verbindung muß von den Unterzeichnern der betreffenden Wahlvorschläge oder ihren Bevollmächtigten übereinstimmt stimmen. Am siebten Tage vor dem Wahltag beim Wahlkommissar schriftlich erklärt werden. Wie die Verpflichtung der Wahlvorschläge und ihre Verbindung wird ein Wahlzettel gebildet, der aus dem Wahlkommissar als Vorsitzenden und zwei oder vier weiteren Personen, die vom Gemeinderat zu ernennen sind, besteht. Schließlich ist noch die Dauer der Wahlzettel festzulegen.

**Über die Entlassung Heeresangehöriger**

haben der Arbeiter- und Soldatenrat und das Generalstabskommando eine Verordnung erlassen, die für den Bereich des 12. Armeekorps gilt. Diese Verordnung wird durch öffentlichen Anschlag allenstädtisch bekanntgegeben, wir brauchen daher nur auf sie zu verweisen.

### Gegeneinander-Regierung.

Der Engere Ausschuß des Arbeiter- und Soldatenrats in Leipzig hat folgenden Beschluß gefaßt: Gegen die beiden Verordnungen des Volksbeauftragten Gleinherr, militärischen Fahrverkehr und wirtschaftliche Demobilisierung betreffend, erhebt der Engere Ausschuß schärfsten Einspruch, insoweit sie die vom A. und S-Rate zu Leipzig im Interesse der Allgemeinheit getroffenen Maßnahmen einfordern oder aufheben. Die Beschlüsse des A. und S-Rates zu Leipzig bleiben noch wie vor in Kraft. Zuwiderhandlungen werden bestraft.

Wir können uns zu der Sache selbst nicht äußern, weil wir darüber mangels ausreichender Informationen noch kein sicheres Urteil haben. Dieser Gegeneinander-Regierung ist aber zuerst bedauerlich und geziert, die revolutionäre Entwicklung zu schwächen. Es erscheint dringend nötig, daß sich der Landes-Arbeiter- und Soldatenrat mit dieser Angelegenheit recht bald beschäftigen, sie klären sollte, um diese Gegeneinander-Regierung aus der Welt zu schaffen.

### Universität und Revolution.

Wie der Vertreterausschuss der Studentenschaft schreibt, wird immer wieder behauptet, daß die Universität der "Herd der Revolution" sei. Es sei darum ausdrücklich festgestellt, daß die Studentenschaft sowohl in ihrer Resolution vom 12. November als auch später wiederholt betont hat, von sich aus nichts gegen die derzeit bestehende Ordnung unternommen zu wollen. Die Studentenschaft möchte weiter nichts als Ruhe und Ruhehalt ihrer akademischen Freiheit.

### Arbeiterinnen! Genossinnen!

Am 16. Dezember liegt die Reichsversammlung des Arbeiter- und Soldatenrates. Dazu finden augenscheinlich überall im Lande die Wahlen statt. Pflicht der Genossinnen ist es, überall darauf hinzuwirken, daß auch zuverlässige Frauen in die Versammlung entsandt werden. Aufgabe der dazu gewählten Genossinnen muss es unter andrem sein, dafür zu sorgen, daß wir Frauen auch in der von der Reichsversammlung zu wählenden Stadtparlament, die bis zum Zusammentreffen der Nationalversammlung die politische Gewalt haben soll, vertreten sind. Die schweren politischen und wirtschaftlichen Übergangszeit bringt für die Frauen der arbeitenden Klasse ganz besondere Härten mit sich. Diese nach Möglichkeit zu lindern, muß Aufgabe der Genossinnen sein. Die Zeit erfordert unsre ganze Hingabe und Kraft, es müssen Frauen hinein in die Arbeitserde.

### Gewerkschaftsbewegung.

**Gewerkschaftlicher Zusammenhalt der Bevölkerung.**

Das gründliche Vorberichtsgesetz ist der einheitliche Zusammenschluß der gesamten deutschen Bevölkerung auf gewerkschaftlicher Grundlage unter Zustimmung aller bestehenden Verbände im deutschen Bevölkerung erfolgt. Der Bund umfaßt sämtliche Großorganisationen der Bevölkerung und Lehrer mit etwa 11/2 Millionen Mitgliedern und stellt damit die einzige Gesamtvertretung der deutschen Bevölkerung dar. Zum ersten Vorstand wurde Gewerkschaftsrat Hermanns-Berlin gewählt.

**Die Gehälter der Handlungsdhilfen**

sind während des Krieges weit hinter dem Einkommen der gewerkschaftlichen Arbeitern zurückgeblieben. Die Lage in der Sache der Angestellten, sich gewerkschaftlich zu organisieren und gewerkschaftliche Mittel zur Erzielung von Verbesserungen einzusetzen. Die unterschiedlichen Sächen der Angestellten ist seit dem politischen Umwälzungen völlig verschwunden. Allerdings treten die Handlungsdhilfen ihrer Gewerkschaft, dem Bezirksverband der Handlungsdhilfen in Räumen der. Im ganzen Melde erringen sie sich in großem Zusammenhang wesentliche Verbesserungen ihrer Gehaltserhöhungen. Auch die Dresden Ortsgruppe (Wuran Schützenplatz 20, 2. Etage) ist mit der Einleitung von Gehaltserhöhungen

in einer großen Anzahl hierfür Betriebe beauftragt worden, wobei bereits gute Erfolge erzielt werden konnten. Je mehr Handlungsdhilfen und Gehälter sich jetzt dem Verbande anschließen, desto höher und nachhaltiger werden die Erfolge auch in Dresden werden.

## Leben • Wissen • Kunst.

### Theater.

**Schauspielhaus.** Rosita Weg hat Humor und Verständnis für das Kindertheater. Aus ihrem Geist der kleinen Nach merkte man sich: "Schöne Onkel Emil und Tante Adele — und behalte bitte alle Namen". Vor zwei Jahren geliefert im Volksschul-Theater ihr nettes Märchen "Den König durch den Schuh". Dieses Märchen hat nun in glänzender Aufführung, nicht unbedingt bereitgestellt durch die Muß Boguski-Pfeifer, seinen Einzug ins Schauspielhaus gehalten. Rosita Weg ergänzt vom Bringen Blondt, der von seinem Vater verbannt wurde. Dann macht er seinem liebendsten Vater die brausen Schuhe, wird König und heiratet eine liebe Kind aus dem Volk. Das Märchen hat einen lebendigen ersten und schönen lyrischen zweiten und einen zweitenden Schluß. Das dritte und vierte Bild ohne Langeweile; hier fehlt es Rosita an Humor und Einsicht. Das Ganze ist nett, aber dünn. Die Muß Boguski-Pfeifer mit flotten Wortschatzen ist für kindliches Verständnis nicht sanglich und einfach genug. Für Bereicherung kindlicher Sichtungen, für entzückende Sühnenbilder und tollkühne Prokla bilden Doctor Blau, Doctor Komedisch und Professor Kanto in diesen Seiten das Menschenbild gelungen. Henry Czather war ein lieber Volksschul-König Antonio ein bewunderter Narr. Gerd Friede ein angenehmer Prinz und Oleg auch ein munterer Schuster. Das Märchen ist nicht gerade eine große Rummel, aber es wird den Kindern wohl gefallen.

### Burträgkunst.

**Gustav Hasseiter** las gestern im Künstlerhaus aus eigenen Gedichten, denn die Dauer in diesem Hause schenkt in Gedenktagen bringen, denn die Dauer, die der Vorlesende hat, kann man sich höchstens in der Dauer eines Burträgers gelassen lassen, wenn sie mit der nötigen blödsinnigen Klarinette vorgetragen werden. Sie eigentlich eines Autorenabends im Künstlerhaus als "Abendungen" zu genießen, ist eine Illusion, die in unserer ersten Zeit besonders schwer auf die Herden fällt.

### Dresdner Kalender.

**Theater am 7. Dezember:** Opernhaus: Hoffmanns Chilungen (7). — **Schauspielhaus:** Der Schusterkönig (6). — **Albert-Theater:** Der Herr von oben (7). — **Neuburg-Theater:** Die Holländerin (8). — **Central-Theater:** Die gescheitete Frau (8). — **Volkswohl-Theater:** Wie Klein-Elle das Christkind suchen ging (8); Das Will in Winter (7).

Die Volksschule veranstaltet am 18. Dezember, 8 Uhr, im Gewerbehaus eine Aufführung von Nutz- und Nutzlosen für Sola, Chor und Orchester, von Hugo Raum.

### Alte Mitteilungen.

**Professor Dr. Hermann Fitting**, der berühmte Rechtslehrer und Senior der juristischen Fakultät Halle a. d. S., ist im Alter von 87 Jahren, am Tage seines 85jährigen Professorenjubiläums, gestorben. Eine Beerdigungsfeier galt besonders dem römischen Recht über das er mehrere wichtige Werke veröffentlicht hat.

Der Jurist Karl Basse, der ältere Bruder des vor einigen Jahren gestorbenen Georg Basse-Walms, ist auf der Höhe seines Lebens im Alter von 80 Jahren an der Grippe gestorben. Er begann 1902 mit dem Studium der Medizin, die teils an St. Gallen, teils an Zürich erworben wurden. Es folgten zahlreiche Novellendämme, mehrere Romane, ganz aus dem polnisch-deutschen Grenzland, g. w. Die Schüler von Polenow, und literaturgeschichtliche Schriften, wie die zweibändige Geschichte der Weltliteratur.

An die Generaldirektion der Sächsischen Landestheater richten 25 Dresdner Bürger eine Eingabe, durch die Verbesserungen auf wirtschaftlichem Gebiete am Ende der Theaterbauten vorgeschlagen werden. Die Unterzeichner der Eingabe wünschen insbesondere eine neue, nach sozialen Gesichtspunkten bemessene Festlegung der Eintrittspreise, die Wiederaufstellung der Vorleseabgebühren, die Wiederaufstellung der Theater- und Konzertprogramme zum Preise von 10 Pf. für die Freunde des 4. und 5. Ranges und eine gerechte Abteilung der Gehälter für die Kleiderablage von 60 oder 50 Pf. an bis zu einem auf 10 Pf. je nach dem Range. Alle diese Vorschläge finden unsere volle Zustimmung. Wie sind überzeugt, daß auch die Generaldirektion und das Kultusministerium, dem die Landestheater jetzt unterstehen, ihre Berechtigung annehmen und die Verbesserungswünsche bald erfüllen wird.

## Lebte lokale Nachrichten.

### Nährmittelverteilung im Bezirk der Amtsbaupolizei.

Von der Amtsbaupolizei Dresden-Lützen wird die Zahl von 24. November bis Dezember ausgediente Nährmittelarten werden vorläufig nur beladen: Ab dem 11. der weissen Nährmittelart C mit 1 Pfund Bleiweiß oder Grisch. Ab dem 1. der hellbraunen Nährmittelart C mit 1 Pfund Grisch. Ab dem 11. der hellgrünen Nährmittelart D mit 1 Pfund Teigwaren. Die Belieferung der Nährmittel für die Kleiderablage von 60 oder 50 Pf. an bis zu einem auf 10 Pf. je nach dem Range. Alle diese Vorschläge finden unsere volle Zustimmung. Wie sind überzeugt, daß auch die Generaldirektion und das Kultusministerium, dem die Landestheater jetzt unterstehen, ihre Berechtigung annehmen und die Verbesserungswünsche bald erfüllen werden.

### Tod im Eisenbahnzug.

Am Donnerstag abend wurde während der Fahrt im Eisenbahnzug zwischen zwischen Riesa und Görlitz ein Beamter als Leiche aufgefunden. Der Bahnbeamte war im Zuge von einem Schlaganfall gestorben.

**Schiffbrüder** Mehl wurden in leichter Nacht beim Bödenmeister Konrad in Görlitz mittels Einbruch gefangen.

**Hakenkrimi** wurden in der vergangenen Nacht zwei Einbrecher in der Görlitzer Straße, die dort wiederholt auf einem Stahl-Tiere gestohlen hatten. In ihnen wurden zwei Soldaten festgestellt.

### 1. Klasse der 174. Sächsischen Landeslotterie.

#### 2.ziehungstag am 5. Dezember 1918.

10000 M. auf Nr. 56440 (G. Breitenecker im Großenhain und Rudolf Unger in Waldheim)  
5000 M. auf Nr. 32935 70440  
3000 M. auf Nr. 86189 60581  
2000 M. auf Nr. 8050 1918: 23572 93505  
1000 M. auf Nr. 68272 68502 68508 68092 71114 74140  
82411 83938 87804 93190 106000  
500 M. auf Nr. 1756 6558 7014 8188 11205 14260 17830  
25405 28175 86469 48357 4675 50236 51707 54526 55189 57700  
84164 87710 67870 70489 7 129 78671 78499 85024 86222 87971  
87095 88323 90164 96732  
260 M. auf Nr. 38 88 777 1180 1625 5021 6640 6600 6704 6764  
7470 9190 9054 9072 10452 14410 18540 14530 16704 17240 18064  
10057 21097 12355 25845 24210 26814 30466 30582 31908

## Beteiligung von sterilisierter Milch in Flaschen.

1. Auf den Stammbuchinventar der blauen Stämmersmittelkarte IV für Personen im Alter von 35 Jahren und darüber, gelingt vom 24. November bis 21. Dezember 1918, nach einer 1/2 Liter-Milch sterilisierte Vollmilch abzugeben.

2. Die Anmeldung hat unter Angabe des begehrten Abschnittes in einem einschlägigen Fleischabreißblatt, spätestens am 10. Dezember 1918, zu erfolgen.

3. Die Fleischhändler haben die Abnahme in eine Kundenliste einzutragen, aufzuteilen und in Paketen zu 100 Stück gebündelt, an eine Weiberdeputation bis zum 12. Dezember 1918 abzugeben. Nachmeldungen sind ausgeschlossen.

4. Weidestellen sind die Firmen: Otto Anders, Bettnerstraße 38; Georg Münnich, Grunaustraße 31; Albert Rentner, Römerstraße 21; Gustav Blümlein, Schützenstraße 3; Ebdm. & Sohn, Bettnerplatz 10/12; Verkaufsverband Norddeutscher Molkereien, Cauerallee 17; Gebr. Pfund, Baugasse Straße 79/81, und 21. Rückertstr. 6, Bitterhof 3/5.

5. Die geliehenen Weidestellen sind von den Weidestellen spätestens Freitag den 13. Dezember 1918 bei der Butter- und Fetteverteilungsgesellschaft, Seestraße 4, abzugeben.

6. Die Abgabe der Milch an die Verbraucher darf nicht vor dem 18. Dezember 1918 erfolgen.

7. Der Preis für eine Flasche sterilisierte Milch beträgt 1.60 Pf.

8. Die Abrechnung mit den Weidestellen liegt der Butter- und Fetteverteilungsgesellschaft ob.

9. Zwischenhandlungen werden auf Grund der Bundesratsverordnung vom 26. September 1915 bestraft. [S 254]

Dresden, am 5. Dezember 1918.

Der Rat zu Dresden.

## Beteiligung von Kondensmilch.

1. Auf den Stammbuchinventar der roten Vollmilchkarre IV Reihe N O P Q für Kinder bis zu 2 Jahren und für stillende Mütter wird 1 Dose kondenstierte Vollmilch mit jeder Verteilung.

2. Die Anmeldung hat spätestens am 10. Dezember 1918 unter Angabe des obenbezeichneten Stammbuchinventars in einem Bildungsblatt zu erfolgen. Sie ist in der Kundenliste zu vermerken. Nachmeldungen sind ausgeschlossen.

3. Die Milchhändler haben die Stammbuchinventare anzurichten und gebündelt zu 100 Stück verpackt, an eine der nachgenannten Weidestellen, spätestens am 12. Dezember 1918, abzugeben. [S 254]

Weidestellen sind die Firmen: Otto Anders, Bettnerstraße 38; Georg Münnich, Grunaustraße 31; Albert Rentner, Römerstraße 21; Gustav Blümlein, Schützenstraße 3; Ebdm. & Sohn, Bettnerplatz 10/12; Verkaufsverband Norddeutscher Molkereien, Cauerallee 17; Gebr. Pfund, Baugasse Straße 79/81, und die Zentralmolkerei (Vereinigung der Milchhändler), Friedrichstraße 24.

4. Die Weidestellen haben die geliehenen Weidestellen spätestens am 13. Dezember 1918 bei der Butter- und Fetteverteilungsgesellschaft für Dresden und Umgebung, vgl. Baugasse 16, abzugeben.

5. Die Abgabe der Kondensmilch an die Verbraucher darf nicht vor dem 18. Dezember 1918 erfolgen.

6. Der Preis für 1 Dose Kondensmilch beträgt 1.45 Pf.

7. Die Abrechnung mit den Weidestellen liegt der Butter- und Fetteverteilungsgesellschaft ob.

8. Zwischenhandlungen werden auf Grund der Bundesratsverordnung vom 26. September 1915 bestraft.

Dresden, den 5. Dezember 1918.

Der Rat zu Dresden.

## Sonderzuteilung von K-A-Seife.

Auf den Markt der Stadt Dresden wird auf Grund der Bekanntmachung des Staatssekretärs des Reichswirtschaftsministeriums vom 26. November 1918 — R-S. Bl. 1596 — folgendes bestimmt: [S 254]

### Einzelner Paragraph.

Zu den über 50 Gramm Seife Januar 1919 lautenden Abnahmen der laufenden Seifensorte dürfen höchst 50 Gramm 100 Gramm K-A-Seife abgegeben werden.

Dresden, am 5. Dezember 1918.

Der Rat zu Dresden.

## Verband der Deutschen Buchdrucker

Mitgliedschaft Dresden.

Die heute im Volkshaus stattfindende Versammlung

beginnt schon 6 1/2 Uhr.

Der Vorstand.

## Reichsbund der Kriegsbeschädigten u. Kriegsteilnehmer, Ortsgruppe Dresden.

Sonntag den 8. Dezember, vormittags 10 Uhr

im Gewerbehause, Oststr. Allee

[W 248]

## Große öfftl. Rundgebung der Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer.

Die Kameraden und Interessenten werden dringend erinnert, recht zahlreich zu erscheinen, dekoriert sind alle Behörden und Fürstengesellen höchst eingeladen.

Der Einberuber: Karl Mühlle, Dresden-Neustadt, Marienstraße 55 B.

## Verbund der Porzellan- u. Steingutarbeiter u. -arbeiterinnen

Zahlstelle Dresden, Nienbergstraße 6, 2.

### Achtung! Einladung Achtung!

an alle Werkstätten- und Heimarbeiter der Dresdner Porzellanmalereien zu einer Sonnabend der 7. Dezember, abends 7 Uhr, im Dresdner Volkshaus, Nienbergstraße 2, 1., stattfindenden

## öffentlichen Porzellanmaler-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die feinkeramische Industrie und die von den Unternehmern verbündeten mit den Gewerkschaften getroffene Vereinbarungen.

2. Die Durchführung des gesetzlichen Arbeitstunden-Tages in den Dresdner Malereien.

Kollegen, agiert fleißig für diese Versammlung. Ein Dresdner Porzellanmaler darf in keinerlei fehlten. Die gegenwärtige Zeit erfordert auch in unserem Berufe ein geschäftiges Handeln.

**Wissingers Ker- und Bode-Anhalt**  
Augsburger Straße 28, Tel. 27051  
vergibt nicht alle Güter. [W 248]  
Bedienzeit: täglich nachmittags von 2-8 Uhr. Mittwoch nur vormittags bis 1 Uhr. Sonnabend von 8 bis abends 10 Uhr. — Sonntags bleibt geschlossen.

**Rauchtabak**  
garantiert reine Holländische  
Sorte, verfüllt nur an Selbst-  
verbraucher, à Stück 25 Pf.  
gegen Nachnahme. [W 248]  
**Wissinger, Böhlitz.**

## 4. Kreis, Bez. Loschwitz

Sonnabend den 7. Dezember, abends 8 Uhr

in Bobens Restaurant, Bühlau, Überholzer Str.

## Mitgliederversammlung für Bühlau

Tages-Ordnung:

Die bevorstehenden Gemeinderatswahlen.

Es ist Wunsch aller Beteiligten und Genossen,

und der aus dem Heile gerüttelten, zu erleben.

[S 442] Die Begeisterung.

2. Begrüßungsgelegenheiten.

Um so höflicher Besuch der Mitglieder sämtlicher Orts-

teile des Bezirkes erholt. Die Begeisterung.

[S 442] Die Begeisterung.

Um so höflicher Besuch der Mitglieder sämtlicher Orts-

teile des Bezirkes erholt. Die Begeisterung.

[S 442] Die Begeisterung.

Um so höflicher Besuch der Mitglieder sämtlicher Orts-

teile des Bezirkes erholt. Die Begeisterung.

[S 442] Die Begeisterung.

Um so höflicher Besuch der Mitglieder sämtlicher Orts-

teile des Bezirkes erholt. Die Begeisterung.

[S 442] Die Begeisterung.

Um so höflicher Besuch der Mitglieder sämtlicher Orts-

teile des Bezirkes erholt. Die Begeisterung.

[S 442] Die Begeisterung.

Um so höflicher Besuch der Mitglieder sämtlicher Orts-

teile des Bezirkes erholt. Die Begeisterung.

[S 442] Die Begeisterung.

Um so höflicher Besuch der Mitglieder sämtlicher Orts-

teile des Bezirkes erholt. Die Begeisterung.

[S 442] Die Begeisterung.

Um so höflicher Besuch der Mitglieder sämtlicher Orts-

teile des Bezirkes erholt. Die Begeisterung.

[S 442] Die Begeisterung.

Um so höflicher Besuch der Mitglieder sämtlicher Orts-

teile des Bezirkes erholt. Die Begeisterung.

[S 442] Die Begeisterung.

Um so höflicher Besuch der Mitglieder sämtlicher Orts-

teile des Bezirkes erholt. Die Begeisterung.

[S 442] Die Begeisterung.

Um so höflicher Besuch der Mitglieder sämtlicher Orts-

teile des Bezirkes erholt. Die Begeisterung.

[S 442] Die Begeisterung.

Um so höflicher Besuch der Mitglieder sämtlicher Orts-

teile des Bezirkes erholt. Die Begeisterung.

[S 442] Die Begeisterung.

Um so höflicher Besuch der Mitglieder sämtlicher Orts-

teile des Bezirkes erholt. Die Begeisterung.

[S 442] Die Begeisterung.

Um so höflicher Besuch der Mitglieder sämtlicher Orts-

teile des Bezirkes erholt. Die Begeisterung.

[S 442] Die Begeisterung.

Um so höflicher Besuch der Mitglieder sämtlicher Orts-

teile des Bezirkes erholt. Die Begeisterung.

[S 442] Die Begeisterung.

Um so höflicher Besuch der Mitglieder sämtlicher Orts-

teile des Bezirkes erholt. Die Begeisterung.

[S 442] Die Begeisterung.

Um so höflicher Besuch der Mitglieder sämtlicher Orts-

teile des Bezirkes erholt. Die Begeisterung.

[S 442] Die Begeisterung.

Um so höflicher Besuch der Mitglieder sämtlicher Orts-

teile des Bezirkes erholt. Die Begeisterung.

[S 442] Die Begeisterung.

Um so höflicher Besuch der Mitglieder sämtlicher Orts-

teile des Bezirkes erholt. Die Begeisterung.

[S 442] Die Begeisterung.

Um so höflicher Besuch der Mitglieder sämtlicher Orts-

teile des Bezirkes erholt. Die Begeisterung.

[S 442] Die Begeisterung.

Um so höflicher Besuch der Mitglieder sämtlicher Orts-

teile des Bezirkes erholt. Die Begeisterung.

[S 442] Die Begeisterung.

Um so höflicher Besuch der Mitglieder sämtlicher Orts-

teile des Bezirkes erholt. Die Begeisterung.

[S 442] Die Begeisterung.

Um so höflicher Besuch der Mitglieder sämtlicher Orts-

teile des Bezirkes erholt. Die Begeisterung.

[S 442] Die Begeisterung.

Um so höflicher Besuch der Mitglieder sämtlicher Orts-

teile des Bezirkes erholt. Die Begeisterung.

[S 442] Die Begeisterung.

Um so

**Stadt-Chronik.****Aus dem Stadtparlament.**

In der heutigen Sitzung der Stadtvertreterin kam zunächst ein soziale-demokratischer Entschließungsantrag zur Verhandlung, der am Ende der jetzigen Prüfung des Gesetzes eine längliche Abprüfung der Ausführung für gewisse Stunden in Vorstand drohte, damit sie die vorliegende Zeit eine einwandfreie Ausübung erlaubt werde.

Genoss Künne kürzte beinahe aus, daß besonders in Löbau, aber auch in anderen Städten, in Straßen und Plätzen, gegenwärtig ganz unbedeckte Kinder erscheinen. Der Vorstand sei dort vielleicht so ungenau, daß sich damit eine Verzweiflung der Eltern gar nicht erzielen lasse. Das Gas zünde bald, aber es leuchtet nicht, so daß in den Minuten fast vollkommene Dunkelheit herrsche. Der Strom gebe wohl sol., werde aber möglicherweise abgeschnitten werden. Nur diese wenigen Worte waren von ihm gesprochen.

Dann wurde der Vorsitzende der Sozialdemokraten erinnert, er habe vom Ratskollegium keine Antwort. Der Antrag wurde aber einstimmig angenommen.

Diese Debatte wurde von einem Ratsbeschlusse, wonach die Vorlage vom 3. Dezember 1918 über Verlängerung der Zeit zur Erteilung des Museumsbüros für das

**National-Hygiene-Museum**

geprägt worden ist, zum Antritt gebracht, über die der Rat einstimmig zuvor genehmigt hat. Der Rat schied aus, und 2. für eine baldige Fassung der Baupläne der Zentralen Sozialschule.

Eine weitere Ratsbeschlusse, eben jenem vor dem vorhergehenden schon gestellt, hat zur Bezeichnung von Abschlagsstellen an den beiden Bezirksschulen.

Die Vereinigten Ausschüsse empfahlen den Beitritt zu den Ratsbeschlüssen.

Genove Nitsche bemerkte: Bei der Vorlage handle es sich um einen freien, bescheidenen Vertrag, der verschiedene wendige Reformen im Unterrichtswesen der Stadt durchzuführen. Weit bevor die Vorlage vorstellig wird, von einer fachkundigen Kommission überarbeitet, kann die Vorlage nicht als allgemeinbindend bewertet werden, sondern die Vorlage nimmt den Sinn des Stammes-Schulsystems, ohne sich dessen Vorzüglichkeit anzueignen. Der Rat nimmt sich der begabten Kinder an und möchte sie gewissermaßen für die Zukunft in Stand und Geschäftsfertig stützen. Der Vertrag des Rates jedoch auf Zeitum, indem man die in der Schule leicht verhindern auch für die Tächer halte. Das ist aber oft nicht der Fall. Höchstens die Erziehung der Kinder, das ist unmöglich, die Erziehung der Kinder führt in den ersten Schuljahr zu erkennen. Wenn man dem Wunsche nach, daß begabte Kinder einer Eltern infolge gegenseitiger Schulsystems nicht berücksichtigt werden können, willlich begegnen will, so genügt nicht eine Verschärfung der Regelungen, sondern dann muß die Unentferlichkeit des Schulunterrichts verworfen werden. Daraus und von der Vereinheitlichung des Schulwesens sei aber in der Ratsvorlage nichts zu verstehen. Wenn viele Eltern dem Vertrag gehascht werden sollen, so sei eine Voraussetzung die Verabsiedlung der allgemeinen Volksschulbildung. Die Ratsvorlage sollte aber nur einzelne bestimmen. Aus der Vorlage werde nicht der folgt, sondern der Ratsausschuss. Zu den Verteilungen besteht die Meinung, daß bei niedriger Kostenfläche die Abschlagsstellen nicht mehr notwendig wären, weil dann der Lehrer die Möglichkeit hätte, auf die individuellen Bedürfnisse der Kinder mehr Rücksicht zu nehmen. Ganz werden sich die Abschlagsstellen aber doch nicht vermehren lassen.

Der Berichterstatter Nitsche: Ein Abschlagsprogramm liegt überhaupt noch nicht vor. Der Unteranspruch sei noch nicht dazu gekommen, finanzielle Dragen zum Abdruck zu bringen, mit Ausnahme der Fragen der Zusammenlegung der Schulen und der Schulgebäude. Die Fragen seien aber zurückgestellt worden, weil am 1. Januar ein Bescheid in die Zeitung des Stadtrates vorstellige sei.

Hierauf wurde das Ratsausschusssitz zum Besuch erhoben. Von den weiteren Bürgern des Landesbaus seien noch erwartet die Genehmigung einer untersteuerlichen Zeichnung von 70000 Mark an den Verein zur Speisung bedürftiger Kinder und Kinder in Kreisau im Winterhalbjahr 1918/19 und die Bereitstellung eines Berechnungsgerades von 3000 M. zur Bereitstellung von Suppen an Schulkinder, die morgens unzeitig zur Schule kommen.

**Ein „Großhändler“ ohne Lieferanten.**

Hundertshälfte im Betriebe von 200.000 Mark.

Der 25jährige Kaufmann Theodor Wilhelmi Clemens

war seit August 1916 in der Hausefrau von Hensel in der Borsigstraße als Geschäftsführer angestellt. Er genoss auf Grund seiner Leistungsfähigkeit ein großes Vertrauen, das aber bei ihm sehr schlecht angebracht war. Es hat sich herausgestellt, daß S. in der Zeit von Ende 1917 bis Oktober 1918 bei seinem Arbeitgeber große Mengen Stroh- und Filzhütte, Straußfedern, Seidenbänder, Bindfaden und anderes im Gesamtwerte von 200.000 Mark gespeist hat. Im August 1918 war er von der Firma entlassen worden. Er hat aber nicht als Schlüssel zu den Geschäfts- und Lagerräumen abgegeben. In den Dienstästen benutzte er allemal die Zeit nach Geschäftsschluss. Er begab sich, nachdem sich das gesamte Personal entfernt hatte, wieder in die Geschäftsräume und saß, was er für gut fand, S. hatte sich zwei Wohnungen auf der Chausseestraße und Borsigstraße als Niederlagen eingerichtet, in denen man nach Entfernung der Dienstäste noch für 70.000 M. gestohlene Hütte, Seidenbänder und Straußfedern beschlagnahmte. Zum Vertrieb der gestohlenen Waren hielten sich Reisen und besorgte auch das Geschäft einer Tanteständig mit den gangbaren Mitteln.

Als Zeuge war der Mitinhaber der Firma aufgetreten. Er sagte aus, daß das Geschäft und der Warenbestand sehr groß, doch aber auch das Verschwinden wertvoller Peisen mehrfach bemerkt worden sei. Man hatte aber keinen Verdacht. Die Menge der gestohlenen Waren ist auf Grund der tadellosen Buchführung Siemone festgestellt worden.

Aus dessen Wörtern ging jeder Posten hervor, den S. an seine 83 Kunden verkaufte hatte, und Lieferanten hatte er nicht. Der Angeklagte bestreitet die Höhe des gestohlenen Gesamtverlustes von 200.000 M. und berechnet die Diebesbeute auf „höchstens“ 70.000 M. S. war ein vorbildlicher Mann. Er hatte sich schon 50.000 M. „gespart“ und besaß zwei Kontofontos. Vom Siemonehaber wurde der Angeklagte als tüchtiger Geschäftsführer geschätzt. Er hatte im letzten Geschäftsjahr mit seinen Prohibitoren 11.000 M. verdient. Vom gestohlenen Diebstahlsschiff ist ungefähr die Hälfte des Wertes zurückgestorben. Das Gericht erkannte unter Zustimmung militärischer Umstände auf 3 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrenrechtsverlust.

**Stimmungsmache gegen den Achtstundentag.**

Wie man den Achtstundentag in Wirklichkeit bringen möchte, zeigt ein Rundschreiben vom Sägew- und Spaltwerke Anna Dreidel, Dresden, Kreisamt 32. Die Inhaberin versteht an allehand Leute, auch jolde, die nicht zu ihrer Kundenschaft gehören, ein Kundschreiben, in dem sie mitteilt, daß sie sich infolge des Achtstundentags und der damit verbundenen Kostenförderung gezwungen sehe, die Holzpreise zu erhöhen. Die Preise bewegen sich allerdings auf recht annehmbare Höhe. Aufrichtiger wäre es aber gewesen, zu sagen: „Um aus der Verkürzung der Arbeitszeit möglichste Profitshöhung und zugleich Kapital gegen die neue Regierung zu schlagen, die der Menschheit die Versorgung der Arbeitszeit bescherte, eine Kosturkraft, die nicht allein wirtschaftlich möglich, sondern angesichts der massenhaft frei werdenden Arbeitskräfte zur Verhinderung einer Massennotlage auch unumgänglich notwendig war.“

**Demobilisierungsmethoden der Post.**

Das Reichs-Postamt hat die Ober-Postdirektion angeordnet, Vorfahrten zu treffen, damit bei der Demobilisierung eine plötzliche Entlassung zahlreicher Ausbildungskräfte vermieden wird. Zu diesem Zweck sind Arbeiten wieder in Angriff zu nehmen, die während des Krieges wegen Personalmangels haben zurückgestellt werden müssen. Auch sind die Beamten auf, die im laufenden Jahre Erholungslaub noch nicht genossen haben, zu beurlauben. Beamten und Unterbeamten, die zur Wiederherstellung der Gefundheit eines Unterkörpers bedürfen, ist ein solcher bis auf weiteres ohne ärztliches Attest bis zur Dauer von vier Wochen zu erteilen.

**Kriegshaushalt.**

Eine Dose kostete 10 Pfennig. Diese Dose kostete 10 Pfennig wird verteilt auf den Stammbuchsektor der jetzt gültigen roten Vollmilchkarre IV, Reihe N O P Q, nicht Reihe J K L M, wie in einer früheren Preissmitteilung bekanntgegeben worden war, da die Stammbuchsektoren dieser abgelauften Reihe vielleicht nicht mehr im Besitz der Berechtigten waren. Anmeldung bis 10. Dezember.

auch kein magst — diesmal glaube ich doch, du wirst sie verlieren.“

„Wirst du mich gewettet? Darf man es erfahren?“ fragte Stanin.

„Nein . . . jetzt nicht,“ antwortete Maria Nikolajewna und lächelte auf.

Es schlug sieben Uhr. Der Kellner meldete, daß der Wagen bereit sei. Polosow begleitete seine Frau hinaus und schlich sogleich zu seinem Sessel zurück.

„Begegnet mir nicht den Bruder an den Verwalter!“ rief ihm Maria Nikolajewna aus dem Vorzimmer nach.

„Werde ihm schreiben. Bin ein pflichtlicher Mensch.“

XXV.

Im Jahre 1840 war das Theater in Wiesbaden auch in seinem Neujahrs schlecht; seine Truppe aber ergab sich in ihrer phrasenhafte, läufige Mittelmäßigkeit, in ihrer sorgfam, alztäglichen Routine nicht um ein Haar breiter über das Alteum, welches noch jetzt als Norm für alle deutschen Theater angenommen werden kann, und welches in der letzten Zeit seinen Höhepunkt in dem Karlsruher Theater, unter der berühmten Leitung des Herrn Devertent fand.

An die Lage, welche Ihre Durchlaucht Frau von Polosow“ genannt, Gott weiß, wie der Kellner es angefangen hatte, dieselbe zu verschaffen — er konnte sich mit dem Stadttheater doch nicht wirklich abfinden haben — grenzte ein kleiner Zimmerchen, das mit Sofas ausgestattet war. Die Maria Nikolajewna erinnert, daß sie Stanin, die Schirnen aufzuziehen, welche bestimmt waren, die Lage vom Salon des Theaters zu kennen.

„Ich will nicht gesehen werden,“ sagte sie, sonst ziehen Sie gleich alle herein. Sie ließ Stanin neben sich Platz nehmen, mit dem Rücken zum Saale, so daß die Lage unbedingt ersichtlich.

Das Theatert spielte die Darbietung zu Polatos Hochzeit . . . Der Vorhang ging auf. Die Vorstellung begann.

Es war eines jener großartigen, hausbedeckenden Erzeugnisse, in welchen ein belebter aber talentloser Autor in einer

**Verteilung von sterilisiertem Milch.**

Auf den laufenden Stammbuchsektor der blauen Nähe mittelarie V für Personen im Alter von 65 Jahren und darüber wird vom 18. Dezember an eine 1½-Liter-Milch sterilisierte Vollmilch zum Preis von 1,65 M. abgegeben. Anmeldung bis 10. Dezember.

**Das Tanzverbot aufgehoben.**

Tanzvergnügen sind im allgemeinen wieder gestattet, doch müssen diejenigen Tanzställe, die gegenwärtig noch für militärische Zwecke gebraucht werden, den Militärbehörden auch fortwährend unter allen Umständen zur Verfügung gehalten werden. Sobald die fortwährende Demobilisierung eine Freigabe auch dieser Tanzställe für das Tanzen möglich macht, dat sie unverzüglich zu erfolgen.

**Vorschlagnahme des Privatentums des Königs.** Das Vorschlagnehmen des Arbeiters- und Soldatenrats teilt mit: Durch die höchste Preise geht eine Notiz über die vorausgegangene Vorschlagnahme des Privatentums des ehemaligen Königs und des Prinzen Johann Georg, die einer Erklärung bedarf. Die vorige Vorschlagnahme ist lediglich als vorläufig anzusehen, die eine Sicherstellung vor unbefugten Eingriffen gewährleisten soll und die der künftigen Regelung zwischen der Regierung und dem König vorzusehen.

**Diebstahl in der Umgangend.** Am Blauen Grunde hat am Sonntag in den zeitigen Abendstunden, in denen ein junger Ledebur-Betrieb auf der Straße herrschte, ein Mann ein Konfektionsgeschäft in der Thaumaturgistrasse in Pöhlwappel auszuplündern versucht. Er war in der Zeit zwischen 7 und 8 Uhr durch ein Fenster eingedrungen und hatte bereits eine annehmbare Anzahl von Konfektionsstückchen zum Tortillen zusammengepackt, als er durch einen Unfall entdeckt wurde. Er floh schnell durch das Fenster und entflohn unverletzt. — Zwei junge Männer im Blauen Grunde wußten sich die Hand ihrer „Brüder“ dadurch zu erwerben, daß sie durch Raubüberfälle mit einer hohen Lebensweise sorgten. Ihre Raubzüge erzielten sich bis nach Klingenberg. — Eine reiche und angesehene Dieb schenkt die Gemeinde Dittersbach bei Glasbüttel zu haben. Sie wurde dieser Tage den Sparen noch zum 15. November von einem und denselben Teile verbraucht. Hauptfachlich scheint es der Dieb auf Geld abzuziehen zu haben. — Am Nachmittag zum 1. Dezember wurden durch Einbruch einem Bäcker in Reichelsheim 60 Mark Brot und verschiedene Nahrungsmittel, auch Butter und Brot, einem andern ebenfalls von der Wiege Wölfe geraubt. — Ein reicher und angesehener Dieb schenkt die Gemeinde Dittersbach bei Glasbüttel zu haben. Sie wurde dieser Tage den Sparen noch zum 15. November von einem und denselben Teile verbraucht. Hauptfachlich scheint es der Dieb auf Geld abzuziehen zu haben. — Am Nachmittag zum 1. Dezember wurden durch Einbruch einem Bäcker in Reichelsheim 60 Mark Brot und verschiedene Nahrungsmittel, auch Butter und Brot, einem andern ebenfalls von der Wiege Wölfe geraubt. — Ein reicher und angesehener Dieb schenkt die Gemeinde Dittersbach bei Glasbüttel zu haben. Sie wurde dieser Tage den Sparen noch zum 15. November von einem und denselben Teile verbraucht. Hauptfachlich scheint es der Dieb auf Geld abzuziehen zu haben. — Am Nachmittag zum 1. Dezember wurden durch Einbruch einem Bäcker in Reichelsheim 60 Mark Brot und verschiedene Nahrungsmittel, auch Butter und Brot, einem andern ebenfalls von der Wiege Wölfe geraubt. — Ein reicher und angesehener Dieb schenkt die Gemeinde Dittersbach bei Glasbüttel zu haben. Sie wurde dieser Tage den Sparen noch zum 15. November von einem und denselben Teile verbraucht. Hauptfachlich scheint es der Dieb auf Geld abzuziehen zu haben. — Am Nachmittag zum 1. Dezember wurden durch Einbruch einem Bäcker in Reichelsheim 60 Mark Brot und verschiedene Nahrungsmittel, auch Butter und Brot, einem andern ebenfalls von der Wiege Wölfe geraubt. — Ein reicher und angesehener Dieb schenkt die Gemeinde Dittersbach bei Glasbüttel zu haben. Sie wurde dieser Tage den Sparen noch zum 15. November von einem und denselben Teile verbraucht. Hauptfachlich scheint es der Dieb auf Geld abzuziehen zu haben. — Am Nachmittag zum 1. Dezember wurden durch Einbruch einem Bäcker in Reichelsheim 60 Mark Brot und verschiedene Nahrungsmittel, auch Butter und Brot, einem andern ebenfalls von der Wiege Wölfe geraubt. — Ein reicher und angesehener Dieb schenkt die Gemeinde Dittersbach bei Glasbüttel zu haben. Sie wurde dieser Tage den Sparen noch zum 15. November von einem und denselben Teile verbraucht. Hauptfachlich scheint es der Dieb auf Geld abzuziehen zu haben. — Am Nachmittag zum 1. Dezember wurden durch Einbruch einem Bäcker in Reichelsheim 60 Mark Brot und verschiedene Nahrungsmittel, auch Butter und Brot, einem andern ebenfalls von der Wiege Wölfe geraubt. — Ein reicher und angesehener Dieb schenkt die Gemeinde Dittersbach bei Glasbüttel zu haben. Sie wurde dieser Tage den Sparen noch zum 15. November von einem und denselben Teile verbraucht. Hauptfachlich scheint es der Dieb auf Geld abzuziehen zu haben. — Am Nachmittag zum 1. Dezember wurden durch Einbruch einem Bäcker in Reichelsheim 60 Mark Brot und verschiedene Nahrungsmittel, auch Butter und Brot, einem andern ebenfalls von der Wiege Wölfe geraubt. — Ein reicher und angesehener Dieb schenkt die Gemeinde Dittersbach bei Glasbüttel zu haben. Sie wurde dieser Tage den Sparen noch zum 15. November von einem und denselben Teile verbraucht. Hauptfachlich scheint es der Dieb auf Geld abzuziehen zu haben. — Am Nachmittag zum 1. Dezember wurden durch Einbruch einem Bäcker in Reichelsheim 60 Mark Brot und verschiedene Nahrungsmittel, auch Butter und Brot, einem andern ebenfalls von der Wiege Wölfe geraubt. — Ein reicher und angesehener Dieb schenkt die Gemeinde Dittersbach bei Glasbüttel zu haben. Sie wurde dieser Tage den Sparen noch zum 15. November von einem und denselben Teile verbraucht. Hauptfachlich scheint es der Dieb auf Geld abzuziehen zu haben. — Am Nachmittag zum 1. Dezember wurden durch Einbruch einem Bäcker in Reichelsheim 60 Mark Brot und verschiedene Nahrungsmittel, auch Butter und Brot, einem andern ebenfalls von der Wiege Wölfe geraubt. — Ein reicher und angesehener Dieb schenkt die Gemeinde Dittersbach bei Glasbüttel zu haben. Sie wurde dieser Tage den Sparen noch zum 15. November von einem und denselben Teile verbraucht. Hauptfachlich scheint es der Dieb auf Geld abzuziehen zu haben. — Am Nachmittag zum 1. Dezember wurden durch Einbruch einem Bäcker in Reichelsheim 60 Mark Brot und verschiedene Nahrungsmittel, auch Butter und Brot, einem andern ebenfalls von der Wiege Wölfe geraubt. — Ein reicher und angesehener Dieb schenkt die Gemeinde Dittersbach bei Glasbüttel zu haben. Sie wurde dieser Tage den Sparen noch zum 15. November von einem und denselben Teile verbraucht. Hauptfachlich scheint es der Dieb auf Geld abzuziehen zu haben. — Am Nachmittag zum 1. Dezember wurden durch Einbruch einem Bäcker in Reichelsheim 60 Mark Brot und verschiedene Nahrungsmittel, auch Butter und Brot, einem andern ebenfalls von der Wiege Wölfe geraubt. — Ein reicher und angesehener Dieb schenkt die Gemeinde Dittersbach bei Glasbüttel zu haben. Sie wurde dieser Tage den Sparen noch zum 15. November von einem und denselben Teile verbraucht. Hauptfachlich scheint es der Dieb auf Geld abzuziehen zu haben. — Am Nachmittag zum 1. Dezember wurden durch Einbruch einem Bäcker in Reichelsheim 60 Mark Brot und verschiedene Nahrungsmittel, auch Butter und Brot, einem andern ebenfalls von der Wiege Wölfe geraubt. — Ein reicher und angesehener Dieb schenkt die Gemeinde Dittersbach bei Glasbüttel zu haben. Sie wurde dieser Tage den Sparen noch zum 15. November von einem und denselben Teile verbraucht. Hauptfachlich scheint es der Dieb auf Geld abzuziehen zu haben. — Am Nachmittag zum 1. Dezember wurden durch Einbruch einem Bäcker in Reichelsheim 60 Mark Brot und verschiedene Nahrungsmittel, auch Butter und Brot, einem andern ebenfalls von der Wiege Wölfe geraubt. — Ein reicher und angesehener Dieb schenkt die Gemeinde Dittersbach bei Glasbüttel zu haben. Sie wurde dieser Tage den Sparen noch zum 15. November von einem und denselben Teile verbraucht. Hauptfachlich scheint es der Dieb auf Geld abzuziehen zu haben. — Am Nachmittag zum 1. Dezember wurden durch Einbruch einem Bäcker in Reichelsheim 60 Mark Brot und verschiedene Nahrungsmittel, auch Butter und Brot, einem andern ebenfalls von der Wiege Wölfe geraubt. — Ein reicher und angesehener Dieb schenkt die Gemeinde Dittersbach bei Glasbüttel zu haben. Sie wurde dieser Tage den Sparen noch zum 15. November von einem und denselben Teile verbraucht. Hauptfachlich scheint es der Dieb auf Geld abzuziehen zu haben. — Am Nachmittag zum 1. Dezember wurden durch Einbruch einem Bäcker in Reichelsheim 60 Mark Brot und verschiedene Nahrungsmittel, auch Butter und Brot, einem andern ebenfalls von der Wiege Wölfe geraubt. — Ein reicher und angesehener Dieb schenkt die Gemeinde Dittersbach bei Glasbüttel zu haben. Sie wurde dieser Tage den Sparen noch zum 15. November von einem und denselben Teile verbraucht. Hauptfachlich scheint es der Dieb auf Geld abzuziehen zu haben. — Am Nachmittag zum 1. Dezember wurden durch Einbruch einem Bäcker in Reichelsheim 60 Mark Brot und verschiedene Nahrungsmittel, auch Butter und Brot, einem andern ebenfalls von der Wiege Wölfe geraubt. — Ein reicher und angesehener Dieb schenkt die Gemeinde Dittersbach bei Glasbüttel zu haben. Sie wurde dieser Tage den Sparen noch zum 15. November von einem und denselben Teile verbraucht. Hauptfachlich scheint es der Dieb auf Geld abzuziehen zu haben. — Am Nachmittag zum 1. Dezember wurden durch Einbruch einem Bäcker in Reichelsheim 60 Mark Brot und verschiedene Nahrungsmittel, auch Butter und Brot, einem andern ebenfalls von der Wiege Wölfe geraubt. — Ein reicher und angesehener Dieb schenkt die Gemeinde Dittersbach bei Glasbüttel zu haben. Sie wurde dieser Tage den Sparen noch zum 15. November von einem und denselben Teile verbraucht. Hauptfachlich scheint es der Dieb auf Geld abzuziehen zu haben. — Am Nachmittag zum 1. Dezember wurden durch Einbruch einem Bäcker in Reichelsheim 60 Mark Brot und verschiedene Nahrungsmittel, auch Butter und Brot, einem andern ebenfalls von der Wiege Wölfe geraubt. — Ein reicher und angesehener Dieb schenkt die Gemeinde Dittersbach bei Glasbüttel zu haben. Sie wurde dieser Tage den Sparen noch zum 15. November von einem und denselben Teile verbraucht. Hauptfachlich scheint es der Dieb auf Geld abzuziehen zu haben. — Am Nachmittag zum 1. Dezember wurden durch Einbruch einem Bäcker in Reichelsheim 60 Mark Brot und verschiedene Nahrungsmittel, auch Butter und Brot, einem andern ebenfalls von der Wiege Wölfe geraubt. — Ein reicher und angesehener Dieb schenkt die Gemeinde Dittersbach bei Glasbüttel zu haben. Sie wurde dieser Tage den Sparen noch zum 15. November von einem und denselben Teile verbraucht. Hauptfachlich scheint es der Dieb auf Geld abzuziehen zu haben. — Am Nachmittag zum 1. Dezember wurden durch Einbruch einem Bäcker in Reichelsheim 60 Mark Brot und verschiedene Nahrungsmittel, auch Butter und Brot, einem andern ebenfalls von der Wiege Wölfe geraubt. — Ein reicher und angesehener Dieb schenkt die Gemeinde Dittersbach bei Glasbüttel zu haben. Sie wurde dieser Tage den Sparen noch zum 15. November von einem und denselben Teile verbraucht. Hauptfachlich scheint es der Dieb auf Geld abzuziehen zu haben. — Am Nachmittag



## Hosenträger

für Gewachse, mit Seiden- ab gewebten Weben,  
mit und ohne Gummizug. Preis 1.00, 1.75, 2.—  
2.50, 2.90, 3.75 und 4.50

**Hosenträger** mit dehnbaren Spaspatten  
Preis 3.50, 4.75, 5.50 und 7.50

**Hosenträger** für Knaben und Jungen  
Preis 1.25, 1.50, 1.50

Ersatz-Spaspatten, Preis 45 pf.

**Strumpfhalter** für Damen und Kinder  
Preis 1.—, 1.25, 1.50 und 2.—

### Krawatten

farbig u. schwarz, 1. allen Formen u. größte Auswahl

**Selbstbinder, Deckwesten.**

### Strumpfgürtel, P. Kuhle

Preis 2.25

**Zahnbursten** in Stein, Holz und Zellstoff  
Stück 45, 65 Pf., 1.—, 1.25, 1.75, 2.— und 2.25

### Frisierkämme

50, 90 Pf., 1.10, 1.40, 1.50, 1.50 bis 1.1.—

### Staubkämme

Stück 45, 60 Pf., 1.50, 2.—, 5.50 bis 6.—

### Kopfbürsten mit Stiel

Stück 1.50, 2.—, 2.25, 2.75, 3.50, 4.—, 5.— bis 6.—

### Kleiderbürsten

Stück 1.50, 2.—, 2.25, 2.75, 3.50, 4.—, 5.— u. 6.—

### Hand-Waschbürsten

65, 90 Pf., 1.50, 1.50 bis 8.00

## J. Bargou Söhne

Wilsdruffer Str. 54, am Postplatz.

### Den besten Rostschutz

für alle eisernen Gebrauchsgegenstände

### Verzinkung.

Anträge in Briefen an die Firma, auch für alle anderen Metall- fürgungen, finden schnellste Erfüllung.

Dresdner Verzinkungsanstalt **Otto Büttner** Metallschleiferrei und Polierwerk Gewerber 27.850 [B1800] Galgenstraße 1—8.

## Spülkannen

Spülapparate, Leibbinden, Vorfallbinden, Unterlagen, Schläuche, Reparaturen, Krankenstelle sowie sämtliche sanitären Artikel.

Frau Heusinger

Am See 37. [B181]

## PELZE

Carl Dreicer

Dresden  
Königstraße 36-37  
Lv. 1. Stock.

Un der Spieße steht

Dr. Genners Delikatessen

## Nigrin

denn er entspricht allen Anforderungen:

Gibt wasserfesten Hohlglas, macht das Seide weich, wasserfest und dauerhaft, verdickt auch bei starker Wärme nicht.

Hersteller, auch d. beliebten Parfüm "Robert" Carl Gennar, Göppingen. [B187]

## Kurz-Waren

**Nadelhalter** aus Eisen, mit Sicherheitsnadeln . Stück 2.75, 1.85

**Strumpfhalter** für Kinder . . . . . Stück 3.00, 1.95

**Strumpfhalter** für Damen . . . . . Stück 6.75, 4.25

**Wäschebänder** aus gutem Seidenband, 1 Meter lang . Stück 3.00

**Lampenfransen** aus Seide, schmal, große Auswahl

**Strumpfband**, guter Zug . Meter 5.00, 3.75

**Wäschemonogramme**, weiß . Duzend 1.50, 1.00

**Nähkästen** gut und reichlich gefüllt . St. 25.00 bis 10.50, 6.75, 2.95

## Residenz-Kaufhaus

G. m. b. H.

Ich schlage jede Konkurrenz!!!

Bestellungen auf Vergrößerungen und Semi-Emulsionen werden noch bis 15. Dezember, Weihnachten lieferbar, angenommen. Für gute und hochmäandige Ausführung bei billigen Preisen wird garantiert.

Stiftstraße 1 b, Dresden.

### Photographische Vergrößerungen

als Weihnachtsgeschenk passend, in handlicher Ausführung fertigt an

Photogr. Atelier Fl. Dobrotziner

vorm. Martin [B1682]

Dr.-Löbtau, 18 Reisewitzer Str. 18.

## All 9

Innenstraße 9  
Bautzner Straße 9

A. Spielhagen'sche

Weingroßhandlung

Krankenwein [B181]

Rot-Süsswein

Magenweine

Kognak — Liköre

## Zuckerwaren!

reiz. m. Bonb. gef. taufl. Art. i. Niedersort. billig abzugeben 10—12 Uhr Johastr. 2 (a. Bettinerpl.) [B1722]

Viele verfügen Sie unter

Fahrrad-Ersatzbereifung.

Beste Voll-Gummireifach-

Rudiges, leichtes Fahrrad.

Reine Gedern oder Metal.

Milchreifachbereifung, blau,

6.40—12.15 M. türkisch, sehr

elefant, 17.80—22.10 M.

Augusteckig, Metz-Aufspiegel

Kaiserkörner 8. [B1886]



[S 222]

Auf

### Kredit Möbel

In jeder Ausführung.

Herren- und

Wohnzimmer

Speise- und

Schlafzimmer

Bunte Küchen

Im Möbelstücke

Gaskronen

Uhren usw.

Neuheiten

Damnu-Gardinen

Pelzwaren

usw.

Leichte Zahnpflege-

mitt.

Nur  
2 Grunaerstr. 2

Erste u. zweite Reihe  
Dresden Prachtstraßen

### Weihnachtsgeschenke

Scheuerlischer

50×50 cm, a. weich, a. weig-

sichtig, Probedruck. 18.—M.

Handtasche

50×100 cm, weich, gut

trocken, Probedruck. 88.—M.

Mindeztasche je 1 Stück,

größere Posten billiger.

Arbeit eranztige

blau Körpergewebe

Jacke 10.00 M., Hose 11.—M.

Männersehnen 4.25 M.

Franswirtshauschirzen

blau, ohne Träg. 5.50 M., mit

Träg. 7.20 M., m. Träg. 8.70 M.

Damenhauschirzen

schwarz ohne Träg. 14.25 M.

m. Träg. 19.35 M., Wienerform

19.80 M.

Tändelschirzen

blau, m. Träg. 6.40, schwarz

11.20 M., türkisch m. Träg.

Wienerform 16 M.

Kleiderschirzen

blau, Aermlein 28, 31, 34 M.

Kinderschirzen

Knabenbeschirzen, grau 2.— bis

2.25 M., blau 2.80 bis 3.20 M.

Mädchenbeschirzen, blau, mit

Latz u. Träg. 4.40—6.40 M.

türkisch, Wienerform, sehr

schön, 14—18 M.

Mädchenkleideschirzen, blau,

6.40—12.15 M., türkisch, sehr

elefant, 17.80—22.10 M.

Augusteckig, Metz-Aufspiegel

Kaiserkörner 8. [B1886]

20 Proz. billiger

weil d. Brand beidhändig

Glasdrapparete

Wärmeflaschen

Saltfilter

Rockfilter

und vieles n. wie mehr.

Otto Graichen

Trompeierstraße 15

Zentral-Theater-Passage

mit [S 712]

Postkarten-Photographie

Dub. von 2.50 M. em. liefer

Bild. Jähnig, Warenstr. 18

Vergrößerungen. 3

15 Pf. em.

15 Pf. em

